
Stadt Meßkirch

Bebauungsplan

Entsorgungsanlage Ringgenbach – Erweiterung Kompostplatz

Dokumente zum Bebauungsplan:

- Satzung
- Planungsrechtliche Festsetzungen
- Begründung
- Umweltbericht und Artenschutzrechtliche Einschätzung

STADT MESSKIRCH



Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

- I) Satzung über den Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384**
- II) Ergebnisse im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden sowie deren Abwägung und Beurteilung**
(folgt nach der Beteiligung)

Stand: 18.12.2018



Rainer Waßmann

Stadtplaner, Dipl.-Ing. (TU)

Bodanstraße 38
88079 Kressbronn

Telefon +49 (0) 7543 962 98 13
Mobil +49 (0) 173 599 23 75

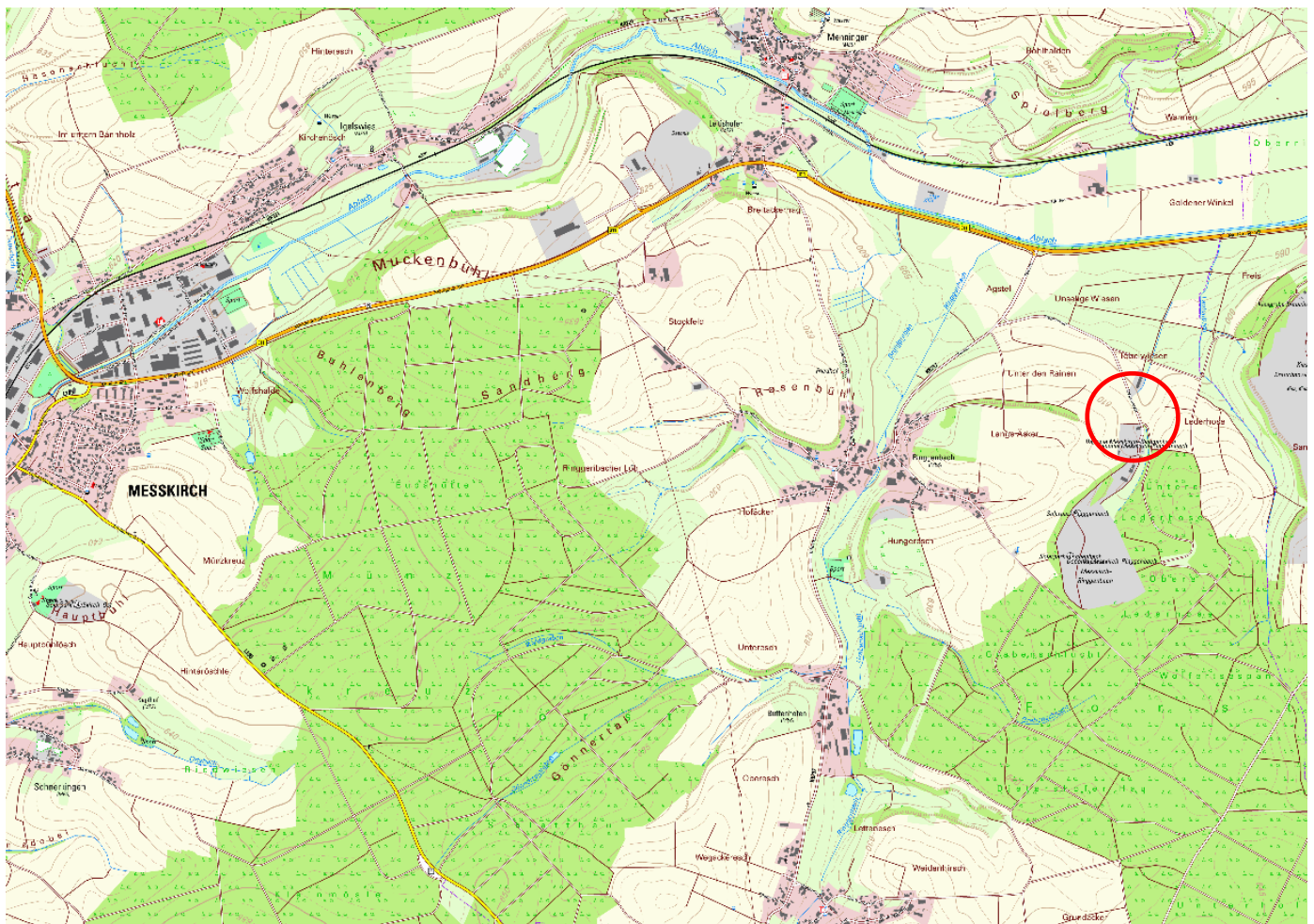
Fax +49 (0) 7543 962 98 20
E-Mail [rainer.wassmann@
planwerkstatt-bodensee.de](mailto:rainer.wassmann@planwerkstatt-bodensee.de)

STADT MESSKIRCH



I) SATZUNG über den Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

Fassung vom: 18.12.2018



RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB)	i.d.F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
Baunutzungsverordnung (BauNVO)	i.d.F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
Planzeichenverordnung (PlanZV)	vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)

Aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat der Stadt Meßkirch in öffentlicher Sitzung am 2019 den Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“ als Satzung beschlossen.

§ 1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Für den räumlichen Geltungsbereich der Bebauungsplan-Satzung ist der zeichnerische Teil in der Fassung vom 18.12.2018 maßgebend. Der räumliche Geltungsbereich ist im Lageplan schwarz gestrichelt umrandet.

§ 2 BESTANDTEILE UND ANLAGEN

Die Satzung zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“ besteht aus folgenden Unterlagen:

- a) Zeichnerischer Teil in der Fassung vom 18.12.2018
- b) Textteil in der Fassung vom 18.12.2018

§ 3 INKRAFTTRETEN

Die Satzung über den Bebauungsplan "Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384" tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 10 (3) BauGB in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes sind sämtliche Festsetzungen von Bebauungsplänen innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Planes aufgehoben.

Beschluss durch den Gemeinderat
in öffentlicher Sitzung am2019

Meßkirch, den

.....
Arne Zwick, Bürgermeister

AUSFERTIGUNGSVERMERK

zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung
Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes stimmt mit dem
Satzungsbeschluss vom 2019 überein.

Das Verfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt.

Beschluss durch den Gemeinderat
in öffentlicher Sitzung am2019

Meßkirch, den

.....
Arne Zwick, Bürgermeister

TEIL I: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN MIT PLANZEICHENERKLÄRUNG

zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung
Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

1. Planungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 BauGB und §§ 1-23 BauNVO)

1.1 Art der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB



1.1.1 Sonstiges Sondergebiet § 11 BauNVO

Zweckbestimmung: Abfallwirtschaft

Zulässig sind Anlagen und Einrichtungen die der Abfallwirtschaft dienen.

1.2 Nicht überbaubare Grundstücksflächen § 9 (1) 2 BauGB

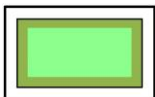
In der nicht überbaubaren Grundstücksfläche sind folgende bauliche Anlagen zulässig:

- Zufahrten und Wege,
- Garagen, Carports, Stellplätze,
- Lagerflächen,
- Nebenanlagen gem. § 14 (1+2) BauNVO.

i.V.m.
§§ 12,14 BauNVO
§ 23 (5) BauNVO

1.3 Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen § 9 (1) 13 BauGB

Sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen sind unterirdisch zu führen.



1.4 Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser und Sickerwasser § 9 (1) 14 BauGB



Die genaue Lage und Dimensionierung der Rückhaltefläche ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen und festzulegen.



1.5 Grünflächen § 9 (1) 15 BauGB

Zweckbestimmung: Fläche für Bepflanzungen
(Bepflanzung gem. Pflanzliste Ziffer 1.6.3)

In den gekennzeichneten Flächen ist die Errichtung von Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO unzulässig.

1.6	Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft / Ausgleichsmaßnahmen	§ 9 (1) 20 BauGB § 9 (1) 25 BauGB § 9 (1) 15 BauGB § 1a BauGB
1.6.1.	<p>Maßnahmen zur Eingriffsverringerng, -minimierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine Reduzierung von Erdmassenbewegungen ist prinzipiell anzustreben. - Es sollte möglichst wenig Erdaushub-Überschuss anfallen und dieser im Plangebiet, wie vorgesehen, wieder eingebracht werden. - Auf Untergrundverdichtungen innerhalb und außerhalb (Lehmboden) des Baugrundstückes ist soweit als möglich zu verzichten. - Zur Rückhaltung von Sickerwasser ist auf dem Grundstück ein Sickerbecken vorgesehen. (Retentionsanlage ist nach Vorgabe des Landratsamtes zu erstellen). - Zur Gewährleistung eines ausreichenden Sichtschutzes ist entlang der nördlichen Außengrenze eine Eingrünung mit einheimischen Sträuchern und Bäumen (v.a. Nordseite) angedacht - Grünflächen sind weitgehend naturnah mit standortgerechten, heimischen Pflanzen zu gestalten und zu pflegen. - Die Außenbeleuchtung ist zum Schutz von nachtaktiven Arten (z.B. Fledermäuse, Nachtfalter) auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Leuchtmittel müssen ein für Insekten wirkungsarmes Spektrum aufweisen (ausschließliche Verwendung von langwelligem gelbem oder rotem Licht) und staubdichten Leuchten (LEDs). 	§ 9 (1) 20 BauGB
1.6.2	<p>Maßnahmen zum Artenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es sollten zur Verbesserung der Habitatstrukturen für Singvogelarten (z.B. Feldsperling) frühzeitig Nistkasten im Bereich des Plangebietes angebracht werden. <ul style="list-style-type: none"> 1. Nistkästen z.B. für die Kleiber (Lochgröße Durchmesser: 3,2 cm), Star (Einflugloch rd. 4,5 cm), Buntspecht 5,0 cm, 2. Halbhöhlen für Nischenbrüter (z.B. Grauschnäpper, Rotkehlchen, Zaunkönig, Hausrotschwanz). 	§ 9 (1) 20 BauGB
1.6.3	Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen Kompensationsmaßnahmen <u>innerhalb</u> des Plangebietes	§ 1a BauGB § 9 (1) 20 BauGB
1.6.3.1	Pflanzgebot von Bäumen und Sträuchern	§9 (1) 25a BauGB
	<p>Pflanzgebot 1</p> <p>Pflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang der Plangebietsgrenze, v.a. im Norden (vgl. Pflanzliste 1).</p>	
	1.6.3.2 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 9 (1) 20 BauGB

Ausgleichsmaßnahme:

Entwicklung einer locker gepflanzten Gehölzgruppe v.a. entlang der nördlichen Grenze des Plangebietes. Die geplante Eingrünung mit standortgerechten und naturraumtypischen Gehölzen soll insbesondere die landschaftliche Einbindung des geplanten Sondergebietes sowie den funktionalen Verbund mit der Umgebung gewährleisten (vgl. Pflanzliste 1). Insgesamt soll jedoch der offene Charakter erhalten werden.

1.6.4 Pflanzliste 1

Pflanzung von Sträuchern und Bäumen im nördlichen Bereich des Plangebietes

<i>Acer campestre</i>	Feldahorn
<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartriegel
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuss
<i>Crataegus monogyna</i>	Eingrifflliger Weißdorn
<i>Ligustrum vulgare</i>	Liguster
<i>Populus tremula</i>	Espe
<i>Prunus padus</i>	Traubenkirsche
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe
<i>Quercus robur</i>	Stieleiche
<i>Salix caprea</i>	Salweide
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball
<i>Viburnum opulus</i>	Wasserschneeball
o.ä.	

1.7 Sonstige Festsetzungen durch Planzeichen



1.7.1 Planbereich

§ 9 (7) BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

1.7.2 Nutzungsschablone

Planungsrechtliche Festsetzungen
Art der baulichen Nutzung

2. Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes § 1a BauGB

Der ermittelte Umfang erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen kann nicht vollständig im Geltungsbereich dargestellt werden.

Nach der Bilanzierung der Eingriffe sowie der internen Kompensationsmaßnahmen ergibt sich für die Schutzgüter ein **Kompensationsdefizit von – 78.933 Ökopunkten** (siehe Umweltbericht, SeeConcept Büro für Landschafts- und Umweltplanung, Uhdlingen, vom 18.12.2018).

Das Defizit von insgesamt **78.933 Ökopunkten** soll, nach Abstimmung mit dem Vorhabenträger, durch Erwerb von Ökopunkten (Reko GmbH) ausgeglichen werden.

3. Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen § 9 (1a) BauGB

Die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen, entsprechend den erforderlichen Ökopunkten, werden insgesamt dem Sondergebiet zugeordnet.

4. Hinweise

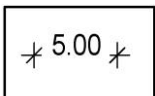
5.1 Sonstige Planzeichen (keine Festsetzung)



vorhandene Grundstücksgrenzen



Flurstücknummern (beispielhaft)



Maßlinie (beispielhaft)

5.2 Unterirdische Leitungen

Vor jeglichen Bauarbeiten ist bei den Versorgungsträgern der Leitungsbestand zu erheben. Eine etwaige Verlegung bestehender, unterirdischer Leitungen geht zu Lasten des Veranlassers.

5.3 Archäologische Denkmalpflege

Sollten bei Erdarbeiten Funde (beispielsweise Scherben, Metallteile, Knochen) und Befunde (z. B. Mauern, Gräber, Gruben, Brandschichten) entdeckt werden, ist das Landesamt für Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Stuttgart (Abt. 8) unverzüglich zu benachrichtigen. Fund und Fundstelle sind bis zur sachgerechten Begutachtung, mindestens bis zum Ablauf des 4. Werktags nach Anzeige, unverändert im Boden zu belassen. Die Möglichkeit zur fachgerechten Dokumentation und Fundbergung ist einzuräumen.

Auf § 20 DSchG (Denkmalschutzgesetz) wird verwiesen.

5.4 Wasser- und Bodenschutz

Bei allen Bau- und Planungsmaßnahmen sind die Grundsätze des schonenden und sparsamen Umgangs mit Boden (§ 4 BodSchG, §§ 1,

202 BauGB, §§ 1, 2 NatSchG) zu berücksichtigen. Die Bodenschutzbehörden sind zu beteiligen (§§ 5, 6 BodSchG).

Der im Zuge von Baumaßnahmen anfallende Erdaushub ist möglichst im Plangebiet zu verwerten.
Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.

5.5 Regenwasser

Die Versickerung von schädlich verunreinigtem Regenwasser ist unzulässig.

Eine Versickerung des Niederschlagswassers über Sickerschächte ist unzulässig.

6. Anlagen zum Bebauungsplan

6.1 Lageplan in der Fassung vom 18.12.2018

6.2 Begründung in der Fassung vom 18.12.2018

Beschluss durch den Gemeinderat
in öffentlicher Sitzung am2019

Meßkirch, den

.....
Arne Zwick, Bürgermeister

TEIL I: BEGRÜNDUNG

zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

INHALT:	Seite
A) STÄDTEBAULICHE BEGRÜNDUNG	10
1. Räumlicher Geltungsbereich	10
2. Räumliche und strukturelle Situation	10
3. Bestehende Rechtsverhältnisse	11
4. Übergeordnete Planungen	11
5. Planerfordernis nach § 1 (3) BauGB / Verfahrensstand	13
6. Generelle Ziele der Planung	13
7. Auswirkungen der Planung	13
7.1 Erschließung	13
7.2 Versorgung und Entsorgung	14
8. Altlasten	15
9. Begründung der planungsrechtlichen Festsetzungen	15
10. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1+2) BauGB und Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1+2) BauGB	15
11. Anlagen	16
B) UMWELTBERICHT	17
C) MONITORING – KONZEPT GEMÄSS § 4C BAUGB	18

A) STÄDTEBAULICHE BEGRÜNDUNG

1. RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von 3.260 m², mit dem Flurstück Nr. 384.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

Im Norden	durch das landwirtschaftliche Flurstück Nr. 383,
Im Osten	durch die Deponiestraße,
Im Süden	durch die vorhandene Entsorgungsanlage Ringgenbach mit angrenzendem Kompostplatz, Flurstück Nr. 246,
Im Westen	durch das landwirtschaftliche Flurstück Nr. 248/55.

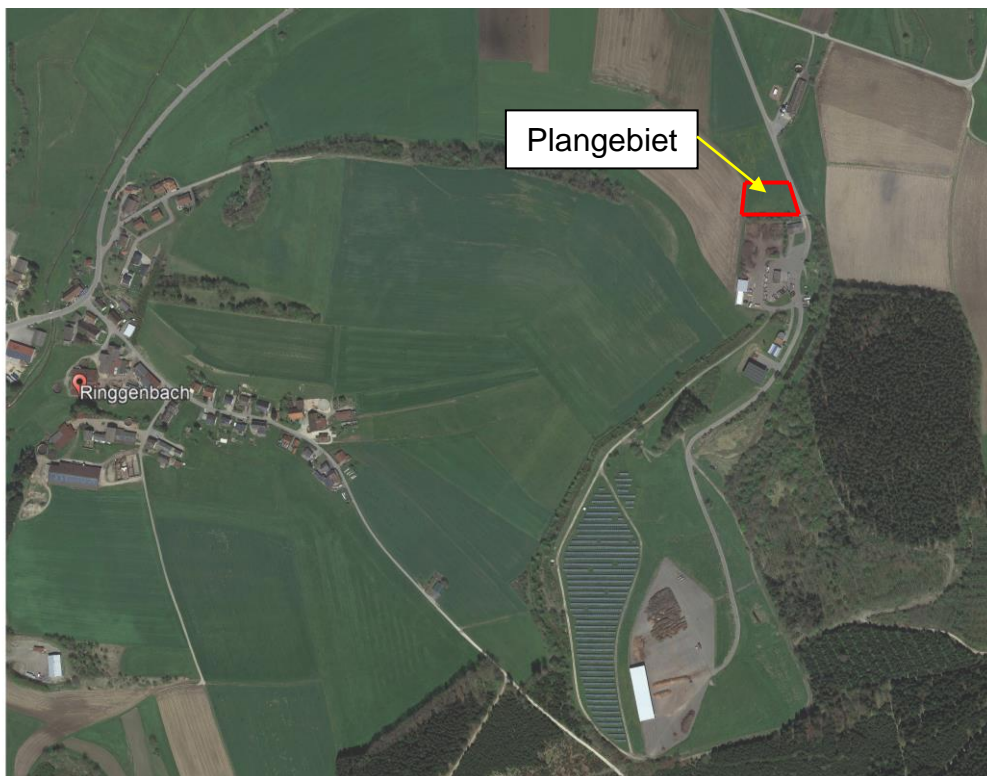
2. RÄUMLICHE UND STRUKTURELLE SITUATION

Das Plangebiet befindet sich östlich der Stadt Meßkirch, nahe des Ortsteiles Ringgenbach ca. 750 m südlich der B 311.

Das Plangebiet, Flurstück Nr. 384 wird derzeit noch landwirtschaftlich genutzt. Südlich angrenzend befindet sich die „Entsorgungsanlage Ringgenbach“ des Landkreises Sigmaringen.

Das Grundstück Flurstück Nr. 384 befindet sich im Besitz des Landkreises Sigmaringen.

Die Ver- und Entsorgung, die Löschwasserversorgung und die Verkehrserschließung im Plangebiet sind gesichert.



Luftbild
(unmaßstäblich)

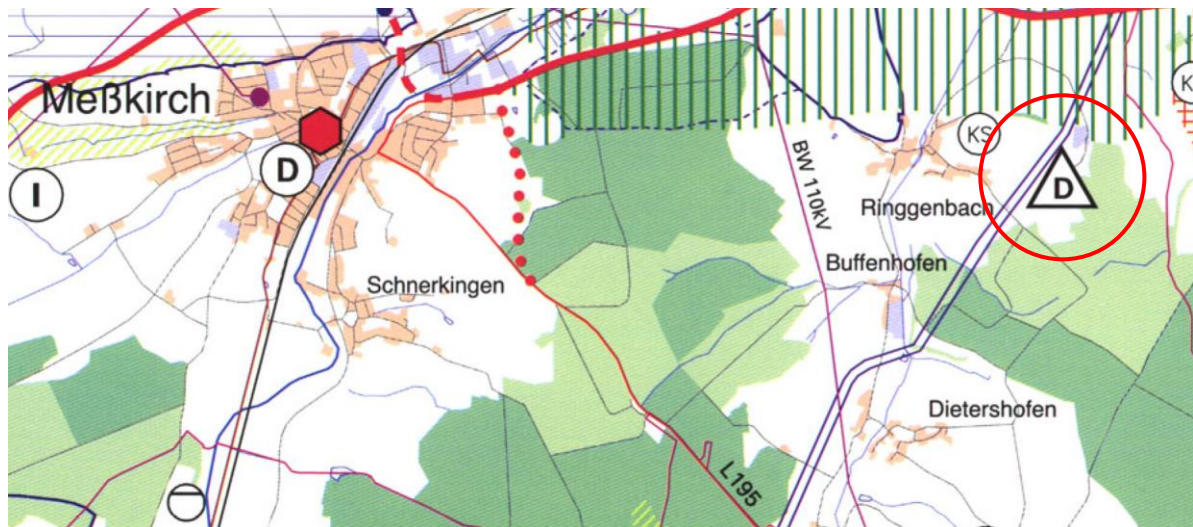
3. BESTEHENDE RECHTSVERHÄLTNISSE

Das Plangebiet liegt im Außenbereich nach § 35 BauGB.

4. ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN

Regionalplan

Im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben ist das Plangebiet nachrichtlich als Deponiestandort dargestellt.



Zum Thema **Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft** werden im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben u.a. folgende Aussagen zur Abfallentsorgung getroffen (G – Grundsätze, V – Vorschläge):

4.3.5 Abfallentsorgung

(G) Die Abfallwirtschaft in der Region muss von den geltenden Grundsätzen Vermeidung, Verwertung und Entsorgung ausgehen. Hierzu sind die Abfallwirtschaftskonzepte der entsorgungspflichtigen Landkreise regelmäßig fortzuschreiben.

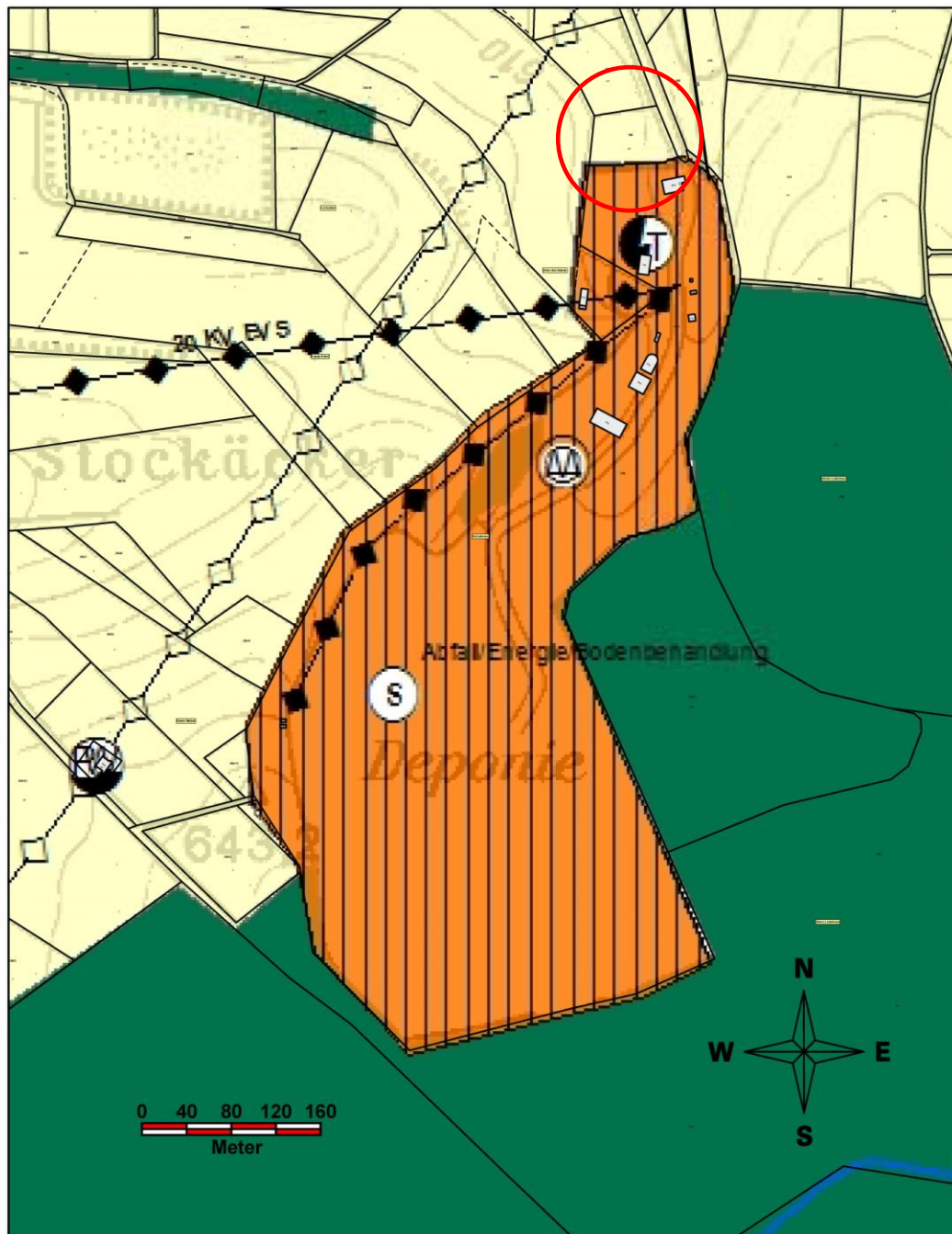
(G) Die Abfallverwertung soll weiter ausgebaut werden, um die zu beseitigenden Restmengen so weit als möglich reduzieren zu können. Generell ist auf eine getrennte Abfallerfassung hinzuwirken. Verfahren zur Rückgewinnung von Rohstoffen sind verstärkt anzuwenden. Pflanzliche Abfälle aus Haushalten sollen getrennt gesammelt und in Kompost umgearbeitet werden.

(G) Die Erweiterung und Optimierung bestehender Anlagen ist grundsätzlich Vorrang vor der Schaffung neuer Standorte und Anlagen einzuräumen.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Meßkirch stellt das Plangebiet als „Fläche für die Landwirtschaft“ dar. Die Stadt beabsichtigt, den Flächennutzungsplan an die geplante Nutzung im Geltungsbereich des Plangebietes anzupassen und im Rahmen der nächsten Fortschreibung zu ändern. Die dadurch betroffene Ausgleichsthematik wird im Zuge des

Bebauungsplanverfahrens inhaltlich abgehandelt. Die Raumordnungsbehörde beim Regierungspräsidium Tübingen wird im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt.



Unbeglaubigter Auszug aus der
Liegenschaftskarte vom 30.05.2012

Stadtbauamt Meßkirch, Schlossstrasse 1, 88605 Meßkirch
Tel: 07575/206-42, Fax: 07575/4732

Natur- und Landschaftsschutz

Die von der Planung betroffenen Flächen liegen in keinem Landschaftsschutzgebiet oder in der Nähe von Natur- und Vogelschutzgebieten sowie von SPA-Gebieten.

5. PLANERFORDERNIS NACH § 1 (3) BAUGB / VERFAHRENSSTAND

Der Landkreis Sigmaringen ist gemäß Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 20.12.1999 Inhaber der „Abfallrechtlichen Plangenehmigung für die fortgesetzte Errichtung und den weiteren Betrieb einer Deponie für Siedlungsabfälle des Landkreises Sigmaringen auf der Gemarkung Ringgenbach der Stadt Meßkirch“.

Im Jahr 1996 ist der Landkreis Sigmaringen dem Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal beigetreten. Von 1998 bis 2012 wurden deshalb auf der Entsorgungsanlage Ringgenbach nur noch Abfälle abgelagert, die die Zuordnungskriterien für Deponie DK I einhalten. Seit 2013 werden keine Abfälle mehr eingelagert. Mit Schreiben vom 06.02.2017 wurde die förmliche Stilllegung der Anlage durch das Regierungspräsidium erlassen. Im Jahre 2013 wurde auf der ehemaligen Deponiefläche die Oberflächenabdichtung aufgebracht. Seither befindet sich die Anlage in der Nachsorge.

Mittlerweile ist der am nördlichen Rand der Deponie gelegene Kompostplatz von der Kapazität her erschöpft, so dass der Landkreis Sigmaringen das nördlich angrenzende Flurstück Nr. 384 für eine Erweiterung der Kompostierung dazu erworben hat.

Das Plangebiet, Flurstück Nr. 384, ist dem Außenbereich gem. § 35 BauGB zuzurechnen. Das Vorhaben mit der geplanten Nutzung als „Sondergebiet Abfallwirtschaft“ ist daher auf der Basis des geltenden Planungsrechts nicht zulässig. Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Umweltprüfung

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird eine Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB durchgeführt. Im Rahmen des Bebauungsplanes ist darüber hinaus das Themenfeld Artenschutz zu bearbeiten. Beide Untersuchungen werden als Anlage zur Begründung dem Bebauungsplan beigelegt.

Im Rahmen des Umweltberichtes wird ebenfalls geprüft, in welcher Form Ausgleichsmaßnahmen realisiert werden können. Dies erfolgt in Abstimmung mit dem Landratsamt Sigmaringen.

Aufstellungsbeschluss

Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 2018 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“ beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte einzuleiten.

6. GENERELLE ZIELE DER PLANUNG

Im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses wurden dem Bebauungsplan folgende grundsätzlichen Planungsziele zugrunde gelegt:

- Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO - Zweckbestimmungen: Abfallwirtschaft
- landschaftliche Einbindung durch Bepflanzungsmaßnahmen
- Schaffung eines Sickerbeckens für die Rückhaltung von Oberflächenwasser und Sickerwasser
- Entwicklung eines Ausgleichskonzeptes

7. AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG

7.1 Erschließung

Die verkehrstechnische Anbindung des Sondergebietes erfolgt über die vorhandene Deponiestraße. Bauliche Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche sind nicht erforderlich. Die Zuwegung zum Flurstück 248/55 wird über das neue Flurstück Nr. 384 am Rande zum Flurstück zu 383 erfolgen (am Rande des neuen Grünstreifens).

7.2 Versorgung und Entsorgung

Im Rahmen der Genehmigung gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz wurden durch den Landkreis Sigmaringen, Kreisabfallwirtschaft, die für die Einleitung von Oberflächenwasser erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse beantragt.

Das Entsorgungszentrum Ringgenbach hat unterschiedliche Betriebsbereiche in denen abhängig der Herkunftsfläche verschiedene Abwässer anfallen.

Oberflächenwasser

Zur Regenwasserrückhaltung und gleichzeitigen Löschwasserbereitstellung (Feuerlöschteich) ist ein Teich vorhanden mit einem Rückhaltevolumen von 1745 m³. Der Wasserspiegel des Teiches ist über einen Mönch regelbar. Der nachfolgende offene Wassergraben Nr. 439, der zur Ablach führt, kann den Abfluss schadlos abführen.

Mischwasser

Auf den Betriebsflächen anfallendes verunreinigtes Oberflächenwasser wird dem Mischwasserkanal und dem nachfolgenden Regenüberlaufbecken zugeleitet. Das nördliche Gebiet entwässert über einen Pumpenschacht mit Regenüberlauf. Die im Wechselbetrieb fördernden Pumpen haben eine Förderleistung von 6 l/s, die das Wasser zum Regenüberlaufbecken pumpt. Beim Regenüberlauf werden 50 l/s in den Vorfluter eingeleitet. Aus dem südlichen Bereich fließt das verunreinigte Oberflächenwasser über Freispiegleleitungen zum Regenüberlaufbecken. Mittels einer Abwasserpumpe wird das Oberflächenwasser im Wechsel mit dem Sickerwasser zur Kläranlage Meßkirch weitergeleitet.

Regenwasser, welches nicht abgepumpt werden kann, fließt über den Beckenüberlauf zum Erdbecken. Dort findet nochmals eine Speicherung und Retention statt, über den Bodenfilter wird das Regenwasser gereinigt sowie gedrosselt zur Vorflut abgegeben.

Sickerwasser

Anfallendes Sickerwasser wird der Sickerwasserbehandlungsanlage zugeleitet und dort ordnungsgemäß entsprechend dem Stand der Technik gereinigt. (Wasserrechtliche Genehmigung vom 15.12.1998).

Niederschlagswasser von der Dachfläche:

Das von der Dachfläche unbelastet abfließende Niederschlagswasser gelangt über Kanalleitungen zum vorhandenen Feuerlösch- und Retentionsbecken.

Oberflächenwasser von den Straßenflächen:

Niederschlagswasser, welches auf den Flächen der Zufahrt des Andienungsbereiches und der Abfahrt anfällt, wird aufgrund der Herkunftsfläche als belastet angesehen und deshalb über Straßeneinlaufschächte gesammelt und mit neuen Mischwasserleitungen zum vorhandenen Mischwasserkanal abgeleitet. Im Regenüberlaufbecken wird das Wasser zwischengespeichert. Regenwasser, welches über den Beckenüberlauf abfließt, wird im nachfolgenden Erdbecken über einen Bodenfilter gereinigt, bevor es zur Vorflut, dem Wassergraben Nr. 439 weiterfließt.

8. **ALTLASTEN**

Kennzeichnungspflichtige Flächen nach § 9 Absatz 5 BauGB sind nicht bekannt. Das Plangebiet stellt keine Altlastenverdachtsfläche dar.

9. **BEGRÜNDUNG DER PLANUNGSRECHTLICHEN FESTSETZUNGEN**

Zur Sicherung der angestrebten städtebaulich geordneten Entwicklung werden in Ausführung des § 1 Abs. 3 BauGB die im Folgenden erläuterten zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen:

Geltungsbereich

Die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs orientiert sich an der Planung und dem Bedarf für die Erweiterung des Kompostplatzes.

Art der baulichen Nutzung

Von der Art der baulichen Nutzung setzt der Bebauungsplan entsprechend der geplanten Nutzung ein „Sonstiges Sondergebiet“ (SO) – Zweckbestimmung Abfallwirtschaft im Sinne von § 11 BauNVO fest.

Nicht überbaubare Grundstücksflächen

Im Plangebiet sind keine Hochbauten vorgesehen, so dass in den planungsrechtlichen Festsetzungen nur Regelungen bzgl. der „nicht überbaubaren Grundstücksflächen“ getroffen werden. In diesen Flächen werden Zufahrten und Wege, bei Bedarf Garagen, Carports und Stellplätze sowie allgemein Lagerflächen und Nebenanlagen gem. § 14 (1+2) BauNVO zugelassen.

Verkehrerschließung

Die verkehrstechnische Anbindung des Sondergebietes erfolgt über die vorhandene Deponiestraße. Bauliche Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche sind nicht erforderlich. Die Zuwegung zum Flurstück 248/55 wird über das neue Flurstück Nr. 384 am Rande zum Flurstück zu 383 erfolgen (am Rande des neuen Grünstreifens).

Ausgleichsmaßnahmen

Als Ausgleich für die geplante Versiegelung sind entlang der nördlichen Plangebietsgrenze umfangreiche Begrünungsmaßnahmen vorgesehen.

Rückhaltung von Niederschlagswasser

Als Maßnahme für die Rückhaltung von Niederschlagswasser sowie zur Rückhaltung von Sickerwasser ist auf dem Grundstück ein Sickerbecken vorgesehen.

10. **BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT GEM. § 3 (1+2) BAUGB UND BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN GEM. § 4 (1+2) BAUGB**

Am 2019 hat der Gemeinderat der Stadt Meßkirch in öffentlicher Sitzung den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 38“ gefasst.

Die Bürger werden über die Planungsziele frühzeitig informiert. Vom bis wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden durchgeführt.

Am hat der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung den Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 38“ gefasst.

Nach amtlicher Bekanntmachung am liegt der Bebauungsplan vom bis einschließlich zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

11. ANLAGEN

1. **Umweltbericht**, SeeConcept Büro für Landschafts- und Umweltplanung, Uhldingen, vom 18.12.2018

B) UMWELTBERICHT

(siehe Umweltbericht, SeeConcept Büro für Landschafts- und Umweltplanung, Uhldingen, vom 18.12.2018)

ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG / FAZIT

Vorhaben

Der Landkreis Sigmaringen ist gemäß Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 20.12.1999 Inhaber der „Abfallrechtlichen Plangenehmigung für die fortgesetzte Errichtung und den weiteren Betrieb einer Deponie für Siedlungsabfälle des Landkreises Sigmaringen auf der Gemarkung Ringgenbach der Stadt Meßkirch“.

Mittlerweile ist der am nördlichen Rand der Deponie gelegene Kompostplatz von der Kapazität her erschöpft, so dass der Landkreis Sigmaringen das nördlich angrenzende Flurstück Nr. 384 (0,3 ha) für eine Erweiterung der Kompostierung dazu erworben hat.

Rechtslage

Im § 2 (4), §§ 2a + 4 c BauGB BauGB definiert, wie die relevanten Umweltbelange im Bauleitplanverfahren in Zukunft berücksichtigt werden sollen. Die Umweltprüfung fußt alle umweltrelevanten Belange zusammen und legt sie in einem „Umweltbericht“ (§ 2a BauGB) den Behörden und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vor. Der Umweltbericht ist damit ein zentrales Instrument und unverzichtbarer Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf.

Bestandsanalyse

Das Plangebiet ist Teil des Naturraumes Donau – Ablach - Platten. Das heutige Vegetationsbild im Untersuchungsraum wird südlich des Plangebietes von einem größeren Waldgebiet geprägt, wobei eintönige Fichten-Altersklassenwälder dominieren. Baumarten der potentiellen natürlichen Vegetation finden sich nur vereinzelt. Das Ablachtal und die flachen Talhänge werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Das Plangebiet im Gewann „Garten“ hat insgesamt eine Größe von rd. 0,30 ha und kann insgesamt als **Fettwiese mittlerer Standorte (33.41)** bezeichnet werden, wobei sich das Grünland in einem Brachestadium befand. Insbesondere im südlichen Bereich findet sich vielfach Jungwuchs der nach Süden anschließenden Gehölzstruktur (u.a. *Populus*, *Acer*, *Corylus* etc.).

Charakteristische Arten im Bereich des verbrachten Grünlandes sind hier u.a. Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus repens*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), Wiesenlabkraut (*Galium mollugo*), Rotklee (*Trifolium pratense*), Weisklee (*Trifolium repens*), Stumpfblättrige Ampfer (*Rumex obtusifolius*) oder Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*).

Zur Erlangung grundlegender Kenntnisse hinsichtlich der Bedeutung des Plangebietes für vorkommende Vogelarten („besonders“ und „streng“ geschützte Arten gem. BNatSchG) fand im betroffenen Bereich am 21.09.2018 eine Referenzbegehung hinsichtlich der Vogelwelt (auch pot. Fledermaushabitate) statt.

Für die betroffenen Schutzgüter sind insgesamt durchschnittliche Wertigkeiten (= Funktionsausprägungen allgemeiner Bedeutung) festzustellen.

Auswirkungen

Durch die Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. bau- und anlagebedingt zu einer Inanspruchnahme bzw. Neuversiegelung von Boden auf einer Fläche von insgesamt rd. 0,3 ha. Im Plangebiet werden aus Sicht des Bodenschutzes hiervon insgesamt Standorte von

einem mittleren bis hohen Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen (Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, Filter und Puffer“) betroffen.

Der geplante Eingriff stellt damit eine erhebliche Beeinträchtigung dar, da mit dem Verlust der Lehm Boden die Bodenfunktionen gemäß § 2 BodSchG weitgehend aufgehoben werden.

Im Zuge der Bauphase kommt es zunächst zu einer Entfernung der vorhandenen Vegetationsstrukturen (→ Pflanzen und Tiere) einschließlich der Entfernung des Oberbodens (getrennt nach Humus und kulturfähigem Unterboden).

Unter Einbeziehung der Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen relativieren sich die Eingriffsfolgen in ihrer Schwere, so dass von einer „Erheblichkeit“ nicht mehr ausgegangen werden muss.

Aufgrund der Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. zu einer Inanspruchnahme von Flächen, die insgesamt als landwirtschaftlich mäßig intensiv genutzte Flächen (Fettwiese, verbracht) anzusprechen sind. Infolge der Flächeninanspruchnahme wird aus Artenschutzgründen ein insgesamt mittel empfindliches Fläche betroffen, sodass der Eingriff in die Tier- und Pflanzenwelt des Plangebietes damit insgesamt als mittlere Beeinträchtigung eingestuft werden kann.

Das Gebiet besitzt gegenwärtig allenfalls als Nahrungshabitat für Vögel eine gewisse Bedeutung. Brutvögel konnten nicht nachgewiesen werden und sind infolge der Flächennutzung auch nicht wahrscheinlich.

Ein Vorkommen von besonders geschützten Vogelarten (Brutvögel) (vgl. § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG, Art 1 VS-RL, VS-RL Anhang 1) ist für das beweidete Grünland sehr unwahrscheinlich, so dass keine Verbotstatbestände gem. § 44 NatSchG ausgelöst werden.

Ausgleichskonzept

Durch die vorgeschlagenen Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Pflanzung eines Feldgehölzes im Norden), können die Eingriffsfolgen nur zum Teil innerhalb des Plangebietes frühzeitig verringert bzw. kompensiert werden.

Aus diesem Grund sind v.a. für die besonders betroffenen Schutzgüter Pflanzen und Tiere und Boden zusätzlich externe Maßnahmen erforderlich.

Der verbleibende, Kompensationsbedarf soll durch Ankauf von Ökopunkten ausgeglichen werden.

C) MONITORING – KONZEPT GEMÄSS § 4C BAUGB

Kommunen haben zu überwachen, ob und inwieweit erhebliche unvorhergesehene Umweltauswirkungen infolge der Durchführung ihrer Planung eintreten (§ 4c BauGB). Dies dient im Wesentlichen der frühzeitigen Ermittlung nachteiliger Umweltfolgen, um durch geeignete Gegenmaßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Im Folgenden werden relevante Aspekte aufgeführt, denen bei dem zu beschreibenden Konzept zur Umweltüberwachung, besondere Berücksichtigung gebührt.

Die Ausführung der Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen wird von der Gemeinde erstmalig ein Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplans bzw. Umsetzung der Bebauung und erneut nach spätestens 5 Jahren mittels einer Ortsbesichtigung überprüft.

- Überprüft werden sollten die innerhalb des Plangebietes vorgesehenen Gehölzpflanzungen im Norden hinsichtlich ihrer Entwicklung.
- Im Rahmen des Monitorings sollte auch die Funktionstüchtigkeit des Sickerbeckens überprüft werden.

Plan aufgestellt am: 18.12.2018

Planer:



Rainer Waßmann

Stadtplaner, Dipl.-Ing. (TU)

Bodanstraße 38
88079 Kressbronn

Telefon +49 (0) 7543 962 98 13
Mobil +49 (0) 173 599 23 75

Fax +49 (0) 7543 962 98 20
E-Mail rainer.wassmann@
planwerkstatt-bodensee.de

Kressbronn, den

.....
Rainer Waßmann, Stadtplaner

Beschluss durch den Gemeinderat
in öffentlicher Sitzung am2019

Meßkirch, den

.....
Arne Zwick, Bürgermeister

TEIL I VERFAHRENSVERMERKE

zum Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück Nr. 384“

- | | |
|--|------------|
| 1. Aufstellungsbeschluss durch den Gemeinderat gem. § 2 (1) BauGB | am |
| 2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB | am |
| 3. Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 3 (1) BauGB | am |
| 4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. § 3 (1) und
§ 4 (1) BauGB | vom
bis |
| 5. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gem. § 4 (2) BauGB /
Billigung des Bebauungsplanentwurfes und Auslegungsbeschluss durch
den Gemeinderat | am |
| 6. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB | am |
| 7. Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes mit Begründung
i. d. Fassung vom gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB | vom
bis |
| 8. Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat gem. § 10 BauGB | am |

Meßkirch, den

.....
(BÜRGERMEISTER)

Die Genehmigung gem. § 10 (2) BauGB wurde durch das Landratsamt
Sigmaringen erteilt

am
AZ.:

Ortsübliche Bekanntmachung und Beginn der Rechtsverbindlichkeit des
Bebauungsplanes

am

Meßkirch, den

.....
(BÜRGERMEISTER)

UMWELTBERICHT UND ARTENSCHUTZRECHTLICHE EINSCHÄTZUNG

Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach - Erweiterung Kompostplatz, Flurstück 384“

Stand: 18.12.2018



UMWELTBERICHT UND ARTENSCHUTZ

**Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach- Erweiterung Kompostplatz,
Flurstück 384“**

Auftraggeber

Landratsamt Sigmaringen
Kreisabfallwirtschaft
Herrn Riester
Leopoldstr. 4

72488 Sigmaringen

Bearbeitung

SeeConcept
Büro für Landschafts- und Umweltplanung
Frank Nowotne
Waldweg 28

88690 Uhldingen

Tel.: 07556/931911, Fax.: 07556/931912
e-mail: seeconcept@t-online.de
www.seeconcept.de

Bearbeitung

Frank Nowotne, Dipl. – Geol., Ökologe

aufgestellt: Uhldingen, 18.12.2018



Frank Nowotne

TEXTTEIL

	Seite
I. EINLEITUNG	3
1.1 Allgemeines	3
1.2 Inhalt und Ziele des Bebauungsplanes	4
1.3 Ziele des Umweltschutzes	7
1.4 Methodik, Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	10
1.5 Zusätzliche Angaben	11
1.5.1 Beschreibung der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind (Nr.3 a Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB)	11
1.5.2 Verwendete projektspezifische Daten und Information	11
1.6 Rechtsgrundlagen	12
II. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELT (BASISSZENARIO)	13
2.1 Pflanzen und Tiere (biologische Vielfalt)	13
2.2 Boden	17
2.3 Wasser	21
2.4 Klima, Luft	23
2.5 Landschaft	24
2.6 Mensch	26
2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter	27
2.8 Wechselwirkungen	28
III. BESCHREIBUNG DER MÖGLICHEN WIRKFAKTOREN DES VORHABENS	29
IV. BESCHREIBUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN DES VORHABENS (PROGNOSE BEI DURCHFÜHRUNG DER PLANUNG)	32
4.1 Pflanzen und Tiere (biologische Vielfalt)	33
4.2 Boden	34
4.3 Wasser	35
4.4 Klima, Luft	35
4.5 Landschaft	37
4.6 Mensch	38
4.7 Kultur- und sonstige Sachgüter	40
4.8 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung	40
4.9 Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. i BauGB)	40
4.10 Erneuerbare Energien (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. f BauGB)	40

4.11	Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen	41
4.12	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung	41
4.13	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle oder Katastrophen)	41
4.14	Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benach- barter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen	42
4.15	Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels	42
4.16	Auswirkungen der eingesetzten Techniken und Stoffe	42
V.	LEITBILD	44
5.1	Leitziele für eine umweltschonende Umsetzung des Vorhabens	44
VI.	MAßNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH NACHTEILIGER AUSWIRKUNGEN	45
6.1	Maßnahmen zur Vermeidung von Eingriffen	45
6.2	Maßnahmen zur Eingriffsverringerung- minimierung	45
6.3	Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen	47
6.4	Anwendung der Eingriffsregelung (nach § 1 a BauGB)	48
6.5	Zuordnung von Flächen und /oder Maßnahmen zum Ausgleich (gem. § 9 Abs. 1 1a Satz 2 BauGB) (externe Ausgleichs- flächen/- maßnahmen	54
VII.	ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN GEPRÜFTEN ANDERWEITIGEN LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN	54
7.1	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	54
VIII.	MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER UMWELT- AUSWIRKUNGEN (MONITORING)	55

IX.	ARTENSCHUTZRECHTLICHE EINSCHÄTZUNG	56
9.1	Rechtliche Grundlagen	56
9.2	Vegetationsstrukturen / Habitate	57
9.3	Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie	58
9.3.1	Konkret nachgewiesene Vogelarten	58
9.3.2	Potentiell vorkommende Vogelarten	60
9.4	Säugetiere	63
9.5	Amphibien und Reptilien	63
9.6	Insekten	64
9.7	Beurteilung des Plangebietes aus naturschutzfachlicher Sicht	64
9.8	Ermittlung und Bewertung der zu erwartenden Beeinträchtigungen	65
9.9	Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung sowie zum Ausgleich und Ersatz	69
X.	ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENSETZUNG / FAZIT	70
XI.	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	74

ANHANG

- **Pflanzlisten**

I. EINLEITUNG

1.1 Allgemeines

Der Landkreis Sigmaringen betreibt eine Entsorgungsanlage bei Ringgenbach (rd. 20 ha). Nun soll der Kompostplatz der Anlage nach Norden auf dem Flurstück 384 erweitert werden (rd. 3.500 m²).

Aus diesem Grunde muß hierfür der Bebauungsplan um die Fläche 384 inhaltlich erweitert werden, wobei die neue Erweiterungsfläche als Sondergebiet separat zu behandeln ist. Entsprechend werden die erforderlichen Unterlagen (Texte und Pläne) eigens, ohne Integrierung des einstigen Planwerks von 2008 bzw. 2010, erstellt.

Im Zuge des Bebauungsplanes sind auch landschaftsplanerische Leistungen (Umweltprüfung, einschließlich Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung und Artenschutzrechtliche Relevanzbegehung), erforderlich.

Die Umweltprüfung führt alle umweltrelevanten Belange zusammen und ist damit ein zentrales Instrument und unverzichtbarer Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf.

Im Zuge der Aufstellung der Umweltprüfung (Umweltbericht, einschließlich Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung) wird auch eine Artenschutzrechtliche Einschätzung (gem. § 44 BNatSchG) erforderlich.

Der Umweltbericht sollte zumindest folgende Angaben enthalten (vgl. Anlage 1 zu § 2 (4), §§ 2a + 4 c BauGB)

- Beschreibung des Vorhabens mit Angaben über Standort, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden
- Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile im Einwirkungsbereich des Vorhabens
- Prognose über die voraussichtliche Entwicklung der Umwelt bei Durchführung sowie bei Nichtdurchführung der Planung
- Beschreibung der Massnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verringert oder ausgeglichen werden
- Übersicht über die wichtigsten geprüften anderweitigen Lösungsmöglichkeiten (Standortalternativen)

1.2 Inhalt und Ziele des Bebauungsplanes

Der Landkreis Sigmaringen ist gemäß Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 20.12.1999 Inhaber der „Abfallrechtlichen Plangenehmigung für die fortgesetzte Errichtung und den weiteren Betrieb einer Deponie für Siedlungsabfälle des Landkreises Sigmaringen auf der Gemarkung Ringgenbach der Stadt Meßkirch“.

Von 1998 bis 2012 wurden deshalb auf der Entsorgungsanlage Ringgenbach nur noch nicht thermische Abfälle abgelagert, die die Zuordnungskriterien für Deponien DK I einhalten. Seit 2013 werden keine Abfälle mehr eingelagert. Mit Schreiben vom 06.02.2007 wurde die förmliche Stilllegung der Anlage durch das Regierungspräsidium erlassen. Im Jahre 2013 wurde auf der ehemaligen Deponiefläche die Oberflächenabdichtung aufgebracht. Seither befindet sich die Anlage in der Nachsorge.

Mittlerweile ist der am nördlichen Rand der Entsorgungsanlage gelegene Kompostplatz von der Kapazität her erschöpft, so dass der Landkreis Sigmaringen das nördlich angrenzende Flurstück Nr. 384 für eine Erweiterung der Kompostierung dazu erworben hat.

Das Plangebiet, Flurstück Nr. 384, ist dem Außenbereich gem. § 35 BauGB zuzurechnen. Das Vorhaben mit der geplanten Nutzung als „Sondergebiet Abfallwirtschaft“ ist daher auf der Basis des geltenden Planungsrechts nicht zulässig. Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich (vgl. PLANWERKSTATT A.B., 2018).

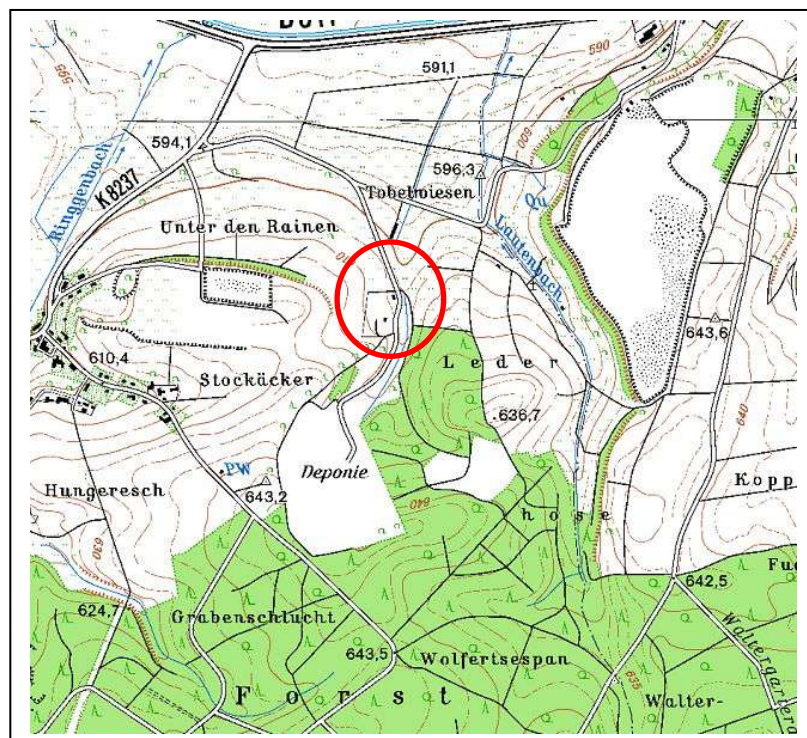


Abb. 1: Lageplan mit Eintrag des Plangebietes nördlich der Entsorgungsanlage Ringgenbach (rote Markierung)

Nähere Informationen zum Vorhaben finden sich bei PLANWERKSTATT A.B. (2018)

Im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses wurden dem Bebauungsplan folgende grundsätzlichen Planungsziele zugrunde gelegt (vgl. PLANWERKSTATT A.B., 2018):

- Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO - Zweckbestimmungen:
Abfallwirtschaft
- landschaftliche Einbindung durch Bepflanzungsmaßnahmen
- Schaffung eines Sickerbeckens für die Rückhaltung von
Oberflächenwasser und Sickerwasser
- Entwicklung eines Ausgleichskonzeptes

Die verkehrstechnische Anbindung des Sondergebietes erfolgt über die vorhandene Deponiestraße. Bauliche Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche sind nicht erforderlich.

1.3 Ziele des Umweltschutzes

(gemäß Nr. 1 b Anlage zu § 2 Abs.4 sowie § 2a BauGB)

Regionalplan Bodensee- Oberschwaben (1996)

Im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben ist das Plangebiet als „Deponiestandort“ dargestellt. Gemäß den Zielen der Landesplanung ist eine Abfallwirtschaft an diesem Standort nicht mehr vorgesehen.

Das Ablachtal mit seinen Randhöhen zwischen Meßkirch und Krauchenwies ist im Regionalplan als „Regionaler Grünzug“ ausgewiesen. Das Plangebiet befindet sich im südlichen Randbereich desselben (vgl. Abb. 4).

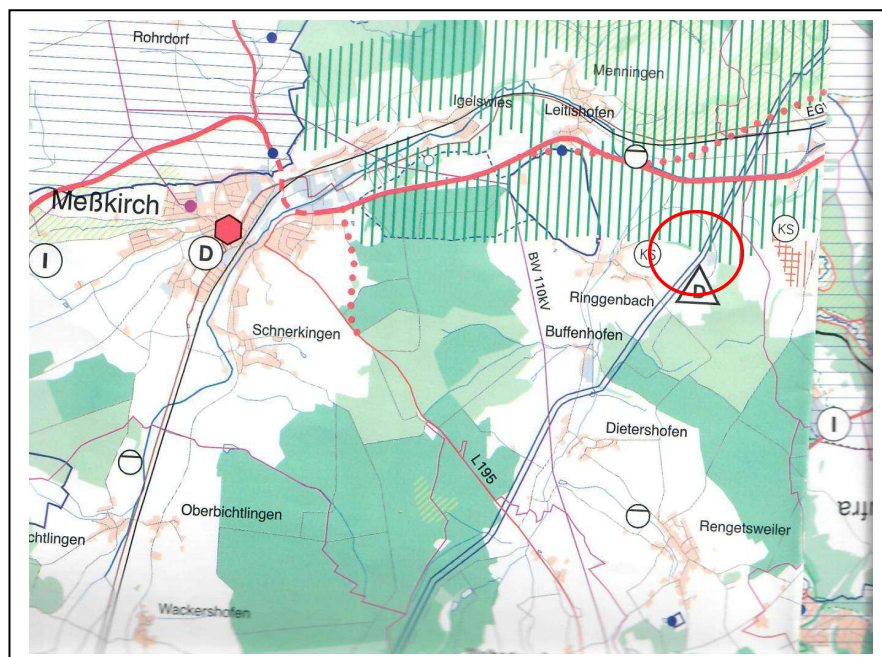


Abb. 4: Regionaler Grünzug mit Eintrag der Lage des Plangebietes (REGIONALVERBAND BODENSEE – OBERSCHWABEN 1996)

Wasserschutzgebiete

Etwa 3.500 m nordöstlich der Entsorgungsanlage befindet sich das Wasserschutzgebiet „LICHTWIESEN“.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Meßkirch stellt das Plangebiet als „Fläche für die Landwirtschaft“ dar (vgl. Abb. 5). Die Stadt beabsichtigt, den Flächennutzungsplan an die geplante Nutzung im Geltungsbereich des Plangebiets anzupassen und im Rahmen der nächsten Fortschreibung entsprechend zu ändern.

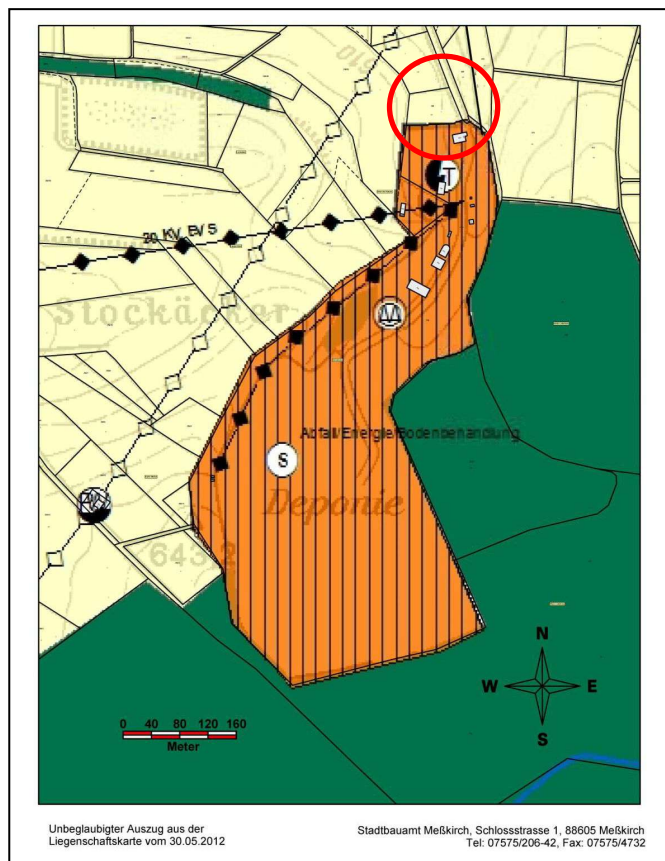


Abb. 5:

Auszug aus dem Flächennutzungsplan mit Eintrag des Plangebietes.

Naturschutzgebiete

Im näheren und weiteren Untersuchungsgebiet finden sich keine Naturschutzgebiete.

Natura 2000-Gebiete

Im näheren Untersuchungsgebiet finden sich keine Natura-2000 Gebiete.

Die am nächsten gelegenen Natura 2000-Gebiete befinden sich rd. 4.000 m nordöstlich bzw. südwestlich des Plangebietes:

1. „Baggerseen Krauchenwies / Zielfingen“ (Nr. 7921-401)
2. „Ablach, Baggerseen und Waltere Moor“ (Nr. 8020 341)

Geschützte Biotope gem. § 33 NatSchG BW

Im weiteren Umfeld des Plangebietes befinden sich wenige nach § 33 geschützte Biotope. Sie liegen alle östlich des Plangebietes (vgl. Abb. 6).

Nr. 180214372247 „Naßwiese Tobelwiesen NO Ringgenbach“ (Entfernung rd. 300 m nordöstlich)

Nr. 180214372541 „Naßwiesen-Komplex südwestlich von Göggingen“ (Entfernung rd.450 m nordöstlich)

Nr. 180214372542 „Schilfröhricht u. Feldhecke südwestlich von Göggingen“ (Entfernung rd.440 m östlich)

Landesweiter Biotopverbund

Das Plangebiet befindet sich außerhalb eines Biotopverbundes. Rund 300 m weiter nördlich befindet sich ein Biotopverbund feuchter Standorte in west – östlicher Ausrichtung. (vgl. LUBW).



Abb. 6: Geschützte Biotope im weiteren Umfeld des Plangebietes (rote Markierung) (LUBW)

1.4 Methodik

Der „Umweltbericht“ lässt sich in seiner inhaltlichen Dimension in drei Phasen strukturieren:

- | | |
|-------------------------|--|
| a) Systembeschreibung: | Beschreibung des Vorhabens sowie der Ausgangssituation der Umwelt. |
| b) Wirkungsabschätzung: | Einschätzung der zu erwartenden ökologischen Folgewirkungen des Vorhabens. |
| c) Bewertung: | Beurteilende Einstufung der zu erwartenden Folgewirkungen (u.a. Beeinträchtigungen). |

Bezüglich der Bewertungsphase orientiert sich der „Umweltbericht“ an der ökologischen Risiko- (Wirkung) Analyse, deren Ablaufschema sich vereinfacht wie folgt darstellt:

Ursache → Auswirkung(en) → betroffener Wirkungsraum

Im Wirkungsgefüge Auswirkung(en) und betroffener Wirkungsraum ist zudem die Empfindlichkeit der Naturpotentiale und des Menschen zu erfassen und zu berücksichtigen. Die Gesamtheit der Wirkungszusammenhänge ergibt den Wirkungsraum.

Die Verknüpfung von Wirkungs- und Empfindlichkeitsanalyse stellt die Grundlage der Wirkungsprognose dar.

Innerhalb der Phasen Systembeschreibung, Wirkungsabschätzung und Bewertung wird das Vorhaben einer räumlich zeitlichen Betrachtung unterzogen.

Die räumliche Dimension gliedert sich dabei in:

- Vorhabensbereich (= eigentliches Plangebiet)
- engeres Untersuchungsgebiet, Umgebung (Umkreis von ca. 500 m um das Plangebiet; z.B. über Oberflächenwasserpfad)
- weiteres Untersuchungsgebiet (Raum, der in einer kausalen Beziehung zum Standort steht, z.B. Sichtbezüge von der B 311)

1.5 Zusätzliche Angaben

(Nr. 3 Anlage zu § 2 Abs. 4 sowie § 2a BauGB)

1.5.1 Beschreibung der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind (Nr.3a Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB):

Grundlage für die Bewertung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen im Rahmen der Umweltprüfung waren neben örtlichen Erhebungen die vorliegenden Unterlagen des Flächennutzungsplanes und aus diesem Gebiet herrührende Erfahrungswerte. Darüber hinaus wurden Kartierungen der LUBW und des Geoportals Baden-Württemberg herangezogen.

Naturschutzrechtliche und bauplanungsrechtliche Eingriffsbeurteilung, Kompensationsbewertung und Ökokonten - Bewertungsmodell erfolgte gemäß der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg, Sigmaringen (2012).

Bodenschätzungsdaten entstammen dem LGRB bzw. dem Landratsamt Sigmaringen (in lit. 2018).

Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen bestanden insgesamt nicht.

1.5.2 Verwendete projektspezifische Daten und Information

Stellungnahmen des Landratsamtes Sigmaringen lagen bis zum Zeitpunkt der Erstellung nicht vor.

Wesentliche Inhalte entstammen der Begründung des Bebauungsplanes „Entsorgungsanlage Ringgenbach“ (vgl. PLANWERKSTATT A.B. 2018).

1.6 Rechtsgrundlagen

Als Eingriffe in Natur und Landschaft gemäß § 14 NatSchG gelten alle Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Landschaftsbild oder den Wert der Landschaft für die naturnahe Erholung erheblich beeinträchtigen können.

Folgende Rechtsgrundlagen liegen dem Umweltbericht / Grünordnungsplan zugrunde:

1. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) vom 29.07.2009, zuletzt geändert am 13.10.2016 (BGBl. I S. 3154)
2. Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (NatSchG BW) vom 23.06.2015 (GBl. 2015, 585)
3. Wassergesetz (WG) für Baden - Württemberg vom 03.12.2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch Artikel 65 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. Nr. 5, S. 99)
4. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31.07.2009, zuletzt geändert am 29.03.2017 (BGBl. I S. 626)
5. Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Änderung abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften vom 14.12.2004, zuletzt geändert am 17.12.2009 (GBl. Nr. 23 S.809)
6. Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung wasserrechtlicher Verfahren (Wasserrechtsvereinfachungs- und –beschleunigungsgesetz) vom 16. Juli 1998
7. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz BBodschG) vom 17.03.1998, zuletzt geändert durch Art. 101 V v. 31.8.2015 I 1474
8. Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 17.05.2013, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.05.2017 (BGBl. I S. 1298)
9. BauGB vom 23.09.2004, zuletzt geändert am 30.06.2017 (BGBl. I S. 2193)
10. BauNVO vom 23.01.1990, zuletzt geändert am 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
11. Landesbauordnung LBO vom 05.03.2010, zuletzt geändert durch Artikel 30 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 103)
12. Planzeichenverordnung vom 18.12.1990,
13. Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) vom 30.04.2004, zuletzt geändert am 08.09.2017 durch Richtlinie 2013/30/EU

II. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELT (BASISSZENARIO)

2.1 Pflanzen und Tiere (biologische Vielfalt)

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Bestand

Das Plangebiet ist Teil des Naturraumes Donau – Ablach - Platten. Die potentielle natürliche Vegetation stellt dabei auf Molasse-Untergrund, auf frischen Standorten, einen Waldmeister – Buchenwald, bzw. Platterbsen – Buchenwald. Auf den nassen und feuchten Standorten bilden Ahorn - Eschenwälder die potentielle natürliche Vegetation (LANDESSTELLE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE BADEN – WÜRTTEMBERG 1992).

Das heutige Vegetationsbild im Untersuchungsraum wird südlich des Plangebietes von einem größeren Waldgebiet geprägt, wobei eintönige Fichten- Altersklassenwälder dominieren. Baumarten der potentiellen natürlichen Vegetation finden sich nur vereinzelt. Das sich nördlich an das Plangebiet anschließende Ablachtal ist unbewaldet. Das Ablachtal und die flachen Talhänge werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Das weitere Untersuchungsgebiet ist Teil einer Geländesenke, die sich nach Norden zunehmend weitet. Neben der Entsorgungsanlage im Süden wird das umgebende Offenland von landwirtschaftlichen Nutzflächen eingenommen, wobei die ackerbauliche Nutzung zwischenzeitlich überwiegt. Nach Angaben Ortskundiger handelte es sich zu früheren Zeiten insbesondere um Grünland.

Plangebiet (Flurstück 384)

Das Plangebiet im Gewann „Garten“ hat insgesamt eine Größe von rd. 0,35 ha und kann als Fettwiese mittlerer Standorte (33.41) bezeichnet werden, wobei sich das Grünland in einem Brachestadium befand. Insbesondere im südlichen Bereich findet sich vielfach Jungwuchs der nach Süden anschließenden Gehölzstruktur (u.a. *Populus*, *Acer*, *Corylus* etc.).

Charakteristische Arten im Bereich des verbrachten Grünlandes sind hier u.a. Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus repens*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), Wiesenlabkraut (*Galium mollugo*), Rotklee (*Trifolium pratense*), Weißklee (*Trifolium repens*), Stumpfbültrige Ampfer (*Rumex obtusifolius*) oder Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*).


Nach Süden grenzt die Fettwiese an einen Wirtschaftsweg, der in der östlichen Hälfte versiegelt (60.21) und in der westlichen Hälfte unbefestigt ist (60.24).

Jenseits derselben schließt ein Feldgehölz (41.10) an. Diese Gehölzstruktur im Süden, als nördliche Begrenzung der Entsorgungsanlage, setzt sich gegenwärtig v.a. aus Hasel (*Corylus avellana*), Bergahorn (*Acer pseudoplatanus*), Hainbuche (*Carpinus betulus*), Feldahorn (*Acer campestre*) und Espe (*Populus tremula*) zusammen.

Gemäß dem LFU-Datenschlüssel handelt es sich im Bereich des Plangebietes und der nahen Umgebung im Wesentlichen um folgende Biotoptypen:

33.41 Fettwiese mittl. Standorte
41.10 Feldgehölze
60.21 Völlig versiegelte Fläche
60.24 Unbefestigter Weg

Fototafel 1: Biotopstrukturen des Plangebietes

	<p><u>Blick nach Süden:</u></p> <p>Das Plangebiet befindet sich südlich des Eingangsbereiches der Entsorgungsanlage, die von einem Feldgehölz begrenzt wird.</p>
	<p><u>Blick nach Süden:</u></p> <p>Das Plangebiet wird aktuell als verbrachte Fettwiese genutzt.</p>
	<p><u>Blick nach Westen:</u></p> <p>Westlich des Plangebietes finden sich weitere Grünlandflächen auf der Anhöhe „Stockäcker“ (rd. 610 m NN).</p>
	<p><u>Blick nach Westen:</u></p> <p>Scharfe Nutzungsgrenze zwischen Grünland im Süden (links) und Acker im Norden (rechts). Im Bilderhintergrund Gehölze „Unter den Rainen“.</p>

Fauna

Während der Geländeerhebungen im Spätsommer 2018 fanden sich im Plangebiet jedoch keine Hinweise auf das Vorkommen (Brutvögel) besonders geschützter Arten (vgl. Artenschutzrechtliche Einschätzung).

Von besonderer Bedeutung wäre das strukturarme Offenland des Plangebietes und der Umgebung prinzipiell als potentiell Habitat für die Feldlerche (RL 3 BW). Aufgrund der Nähe zu Vertikalstrukturen Gehölzriegel im Süden und der aktuellen Grünlandnutzung (Brachestadium) ist eine Eignung des eigentlichen Plangebietes als potentiell Bruthabitat gegenwärtig für die Feldlerche, RL 3 BW jedoch nicht zu erwarten. Im Zuge von Geländebegehungen im Zusammenhang mit anderen früheren Untersuchungen (u.a. SEECONCEPT 2010) wurde die Art im Unterschied zur weiteren Umgebung im Bereich des Plangebietes nicht vorgefunden.

Diese typische Art des Offenlandes bevorzugt als Bruthabitat gut strukturierte Gras- und Krautfluren in offenem Gelände, die sie z.B. entlang der Ackerparzellen und grasigen Wege findet. Bei der Anlage ihres Nestes behält sie einen artspezifischen Mindestabstand zu Vertikalstrukturen (Siedlungen, Wälder) von mindestens 150 – 200 m ein. Einzelne Büsche sowie Niederhecken werden geduldet (vgl. LANDRATSAMT RAVENSBURG 2007).

Die Reviergröße liegt nach Literaturangaben allgemein zwischen 0,5 und 4,0 ha und damit über der Plangebietesgröße.

Eine Eignung des eigentlichen Plangebietes als potentiell Bruthabitat für die Feldlerche, RL 3 BW scheidet damit, infolge der aktuellen Flächennutzung und nahegelegener Vertikalstrukturen (Gehölzriegel im Süden), aus.

Für andere, den ökologischen Wert des Plangebietes belegende Artengruppen, wie z.B. Reptilien, Tagfalter, ist aufgrund der Habitausstattung (Grünlandbrache) mit Verschattungseffekten der südlichen Teilfläche von einer untergeordneten Bedeutung auszugehen.

Bedeutung / Empfindlichkeit

Das Plangebiet ist nicht Bestandteil eines Natura 2000-Gebietes (FFH-Richtlinie). Geschützte Biotope sind innerhalb des Plangebietes nicht vorhanden.

Aufgrund seiner Lage unmittelbar nördlich des Entsorgungszentrums und der östlichen Zufahrtsstraße (bestehende Vorbelastung) sowie der entsprechend vorhandenen Habitatstrukturen (v.a. Grünlandbrache) besitzt das Plangebiet für das Schutzgut Pflanzen und Tiere insgesamt eine allenfalls **mittlere Bedeutung**.

Nähere Ausführungen finden sich unter IV. Artenschutzrechtliche Einschätzung.

2.2 Boden

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Geologischer Überblick

Die Böden im Untersuchungsgebiet sind aus tertiärem Molasselehm (Untere Süßwassermolasse) hervorgegangen. Die quartäre Überdeckung in Form der rißeiszeitlichen Grundmoräne ist im Untersuchungsgebiet nur gering oder fehlt völlig. Die Bodenverhältnisse im Bereich des Untersuchungsgebietes lassen sich wie folgt darstellen:

Während an den Hängen des Untersuchungsgebietes Parabraunerden und Braunerden anzutreffen sind, finden sich in den nassen Senken Gleyböden und wasserbeeinflusste Braunerden (Pseudogley – Braunerden) mit z. T. anmoorigem Oberboden. Der Wasserhaushalt der Hanglagen kann als frisch eingestuft werden. Die hydrologischen Verhältnisse der Gleyböden werden als „naß“, die der Pseudogleyböden als „feucht“ bezeichnet (vgl. ICP 1994 a).

Die Humusform ist nahezu ausschließlich Mull, lediglich an frischen Hangbereichen ist stellenweise Moder entwickelt.

Sofern kein Stauwasserabfluß vorliegt, ist die waldbauliche Eignung der Böden als gut, auf den frischen eutrophen Gehängebraunerden sogar als sehr gut einzustufen (FÜRSTL. HOHENZOLL. FORSTAMT WALD 1957).

Im Bereich des eigentlichen Plangebietes herrschen so Gleyböden (Quellengley aus Fließerden) vor. Lediglich im westlichen Randbereich, mit der beginnenden Hangversteilung finden sich gemäß Bodenkarte BK 50 Parabraunerden (vgl. Abb. 7). Nach Angaben des Landesamtes für Geologie Rohstoffe und Bergbau (Landesbodenkunde) handelt es sich innerhalb des Plangebietes hinsichtlich der Bodenart um Lehm Böden (L 2 b 2).

1. Standort für Kulturpflanzen (NB)

Bestimmendes Element ist die Ertragsfähigkeit der Fläche. Im Plangebiet finden sich für den Raum relativ ertragreiche Böden (Ackerzahl: 35 - 59). Unter überregionalen Gesichtspunkten ergeben sich Standorte mittlerer Funktionserfüllungen.

2. Ausgleichskörper im Wasserkreislauf (WA)

Bestimmende Elemente sind die Aufnahme von Niederschlagswasser und die Abflussverzögerung bzw. – vermindern (mögliche Speicherleistung).

Die Lehm Böden des Plangebietes besitzen in ungestörter Lagerung verhältnismäßig hohe Kapazitäten zur Rückhaltung von Niederschlagswasser, so dass insgesamt von hohen Erfüllungsgraden ausgegangen werden kann.

3. Filter und Puffer für Schadstoffe (FP)

Bestimmendes Element ist die Mobilität für Schadstoffe. Im Plangebiet sind mit dem Auftreten von Lehmen überwiegend Standorte hoher Erfüllungsgrade verbreitet.

4. Standort für die natürliche Vegetation (NV)

Bestimmendes Element ist die Ausprägung der Standorteigenschaften wie z.B. Wasserhaushalt, Nährstoffangebot und Hemerobie. Die Lehm Böden des Plangebietes sind aufgrund des allgemein guten Nährstoffangebotes und ihrer Nutzung insgesamt Standorte geringer Funktionserfüllung.

5. Landschaftsgeschichtliche Urkunde (LU)

Bestimmende Elemente für den Wert eines Bodens als

- „naturgeschichtliche Urkunde“ sind z.B. die Seltenheit oder die wissenschaftliche Bedeutung eines Bodens,
- „kulturgeschichtliche Urkunde“ sind z.B. Zeugnisse spezieller Bewirtschaftungsformen, die im Sinne der Landeskunde schützenswert sind.

Innerhalb des Plangebietes finden sich keine Bodenmerkmale, die als „Landschaftsgeschichtliche Urkunde“ zugewiesen werden können.

Tab. 1: Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen ^{*1}

Bodenart	Fläche (m ²)	NB	AW	FP	NV	Wertstufe (Gesamtbewertung der Böden)
L 2 b 2 ^{*2}	3.260	2	3	3	1	2,67

^{*1} = Bewertung gem. LUBW 2010

^{*2} = unversiegelte Flächen (Flst.-Nr. 384)

Legende

NB = Natürliche Bodenfruchtbarkeit
 AW= Ausgleichskörper im Wasserkreislauf
 FP = Filter und Puffer für Schadstoffe
 NV = Sonderstandort für die natürliche Vegetation

Bewertungsklasse (vgl. LUBW Heft 23)

0 = keine Funktionserfüllung (versiegelte Flächen)
 1 = geringe Funktionserfüllung
 2 = mittlere Funktionserfüllung
 3 = hohe Funktionserfüllung
 4 = sehr hohe Funktionserfüllung

Bedeutung / Empfindlichkeiten

Die Böden des Plangebietes (Flst.-Nr. 384) sind infolge ihrer Entstehungsart äußerst nährstoffreiche Böden (Lehme) und hinsichtlich des Erfüllungsgrades der Bodenfunktionen kann so insgesamt von Standorten **„mittlerer bis hoher Bedeutung“** für den Bodenschutz ausgegangen werden (vgl. Tab. 1).

2.3 Wasser

Grundwasser

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Bestand

Die hydrologischen Verhältnisse im Bereich des Plangebietes leiten sich aus der vorliegenden geologischen Situation ab. Im Rahmen vergangener Genehmigungsverfahren im Untersuchungsgebiet fanden Untersuchungen zur Klärung der hydrogeologischen Verhältnisse statt. Danach ergaben sich für das Grundwasser keine großen Gefährdungen hinsichtlich des einstigen Deponiestandortes (vgl. SEECONCEPT 2010).

Diese Aussage wurde mit der weitgehenden Undurchlässigkeit an dieser Stelle mit einer bis zu 100 m mächtigen Schicht aus Ablagerungen der Unteren Süßwassermolasse (USM) begründet. Wasserführende Schichten wurden dabei nur in geringem Umfang festgestellt. Im Bereich der Parzelle 7 wird jedoch seit Jahren aus dem südlichen Hang austretendes Schichtwasser gesammelt und dem Löschwasserteich zugeführt.

Die Ergebnisse der hydrogeologischen Untersuchungen lassen sich wie folgt zusammengefasst darstellen (vgl. ICP 1993):

- Im Untersuchungsgebiet treten keine nennenswerten Aquifere auf.
- Der Schichtenaufbau der Unteren Süßwassermolasse besteht aus einer Wechselfolge unterschiedlicher durchlässiger Sand- und Mergellagen, wobei die Sandlagen die bevorzugten Wasserleiter darstellen.
- Unter dem Gelände wurde das Schichtwasser der USM festgestellt, dessen Flurabstände zwischen 20 m (Höhenrücken) und 2 m (Tallagen) schwanken. Ferner wurde in den Tallagen ein zusätzlicher oberflächennaher Wasserspiegel angetroffen.

Das Plangebiet ist nicht Bestandteil eines Wasserschutzgebietes. Das nächstgelegene Wasserschutzgebiet (WSG „Lichtenwiesen“) befindet sich in einer Entfernung von rd. 3.500 m nordöstlich des Plangebietes.

Oberflächenwasser

Bestand

Das Untersuchungsgebiet befindet sich im Wassereinzugsgebiet der Ablach, die ihrerseits in die Donau entwässert.

Einige hundert Meter südöstlich des Plangebietes entspringen drei kleinere schichtwassergespeiste Bächlein, die sich schnell vereinigen und im nördlichen Teil der Entsorgungsanlage einen Feuerlöschteich speisen (Wassergraben Nr. 439). Der natürliche Abfluß des östlich des Plangebietes verlaufenden Bachs (verdolter Abschnitt) erfolgt schließlich nach Norden in Richtung Ablach.

Ein weiteres Fließgewässer ist der Lautenbach, östlich des Gewanns „Lederhose“, der ca. 400 m westlich von Göggingen in die Ablach mündet.

Etwa 1 km westlich des Plangebietes fließt der Ringgenbach.

Bedeutung / Empfindlichkeit

Infolge seiner Lage außerhalb eines Wasserschutzgebietes und dem Fehlen offener natürlicher Gewässer innerhalb des Plangebietes, besitzt dieses eine insgesamt **geringe Bedeutung** für das Schutzgut Wasser. Diese Einschätzung basiert in erster Linie auf dem Fehlen eines oberflächennahen ausgebildeten Grundwasserkörpers.

Die Empfindlichkeit des Schutzgutes Grundwasser gegenüber möglichen Veränderungen infolge des geplanten Vorhabens kann damit insgesamt als **gering** betrachtet werden.

2.4 Klima, Luft

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a und h BauGB)

Der Naturraum der Donau - Ablachplatten befindet sich im Regenschatten der Schwäbischen Alb. Da ferner die alpinen Stauniederschläge weiter südlich, bzw. südöstlich einsetzen, sind die mittleren Niederschlagsmengen mit ca. 800 mm vergleichsweise gering.

Die mittlere Jahrestemperatur der Luft liegt bei 7°C. Der durchschnittlich kälteste Monat ist der Januar mit ca. 2°C, der wärmste der Juli mit einer Mitteltemperatur von ca. 16°C.

Da aus der Region selbst keine Windmessungen seitens des Deutschen Wetterdienstes (DWD) vorlagen, wurden die Daten des Geophysikalischen Dienstes der Bundeswehr in Neuhausen ob Eck herangezogen (DWD 1995).

Ein grundsätzlicher Unterschied der Windrosen ist, abgesehen von geringfügigen Modifikationen, aufgrund der ähnlichen Einbettung in das orographische Gefüge der Umgebung nicht wahrscheinlich. Das Windrichtungsmaximum liegt danach bei Südwest (28 %), gefolgt von Westwinden (12 %), und Nordwestwinden (13 %). Am seltensten weht der Wind aus südöstlicher Richtung.

Die mittlere jährliche Windgeschwindigkeit beträgt 2,5 m/s. Die Häufigkeit der Windgeschwindigkeit unter 3 m/s liegt bei 58 %. Aufgrund der geringen Höhe ü. NN und geschützten Lage der Deponie kann dieser Wert auf 65 % extrapoliert werden (DWD 1995).

Das Ablachtal gilt als Kaltluftsammlgebiet. Die am Boden der Hänge und Seitentäler gebildete Kaltluft fließt v. a. in der ersten Nachthälfte ins Ablachtal. Die Kaltluft fließt im Ablachtal zunächst in Richtung Donautal ab, stagniert dann aber in der zweiten Nachthälfte.

Die Bedeutung des Untersuchungsgebietes als Kaltluftentstehungsgebiet wird als gering eingestuft. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die entstehende Kaltluft in der Geländesenke nach Norden in Richtung Ablach abfließt (vgl. DWD 1995).

Bedeutung / Empfindlichkeit

Aufgrund seiner Lage in einem Seitentälchen der Ablach, ohne direkten Siedlungsbezug, wird dem Plangebiet hinsichtlich seiner Siedlungsrelevanz im Zuge der Erweiterung des Kompostplatzes, insgesamt eine geringe Bedeutung zugewiesen.

Die Empfindlichkeit des Lokalklimas gegenüber weiteren Versiegelungen am Standort ist damit insgesamt als **gering bis mittel** einzustufen.

2.5 Landschaft

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Das Untersuchungsgebiet befindet sich zwischen den überregional bedeutsamen Erholungsräumen „Naturpark Obere Donau, „Schwäbische Alb“ und „Bodensee – Oberschwaben“, die von Erholungssuchenden v. a. aus dem Verdichtungsraum Stuttgart stark frequentiert werden.

Der Bereich des Untersuchungsgebietes liegt eingebettet in einer schmalen Talmulde, einem südlichen Seitental der Ablach – Aue. Nach Norden öffnet sich das Tälchen weiter und leitet unvermittelt in die Niederung der Ablach über.

Seine heutige landschaftliche Prägung erhielt das Untersuchungsgebiet insbesondere durch die seit Jahrhunderten menschlichen Nutzungen. So muß das landschaftliche Erscheinungsbild heute jedoch infolge randlich vielfältiger Vorbelastungen (v.a. Straßen, Siedlungsgebiete, intensive Nutzungen) als durchschnittlich beeinträchtigt gelten.

Bestand

Die nähere Umgebung des Plangebietes wird aufgrund der Vorbelastungen (s.u.) (einstiger Deponiestandort) insgesamt nur wenig zur Erholung genutzt. Die ausgedehnten Waldungen weiter südlich des Plangebietes sind zum Wandern und Spaziergehen durchaus geeignet, auch wenn die Waldflächen wohl aufgrund ihrer großen Entfernung zu dicht besiedelten Zentren nicht als Erholungswald ausgewiesen sind. In den Wäldern findet man auch keine Freizeit- und Erholungseinrichtungen wie Waldspielplätze, Trimpfade, Grillhütten etc. Sie werden nicht von ausgewiesenen Wanderwegen gekreuzt.

Außerhalb des Waldgebietes nördlich des Plangebietes stellt die Ablachaue eine bekannte Hauptwanderoute dar. Hier verbindet eine beschilderte Strecke einen Teilabschnitt zwischen Leitishofen und Göggingen.

Infolge der insgesamt offenen Lage ergeben sich für das Plangebiet vor allem aus Norden und Osten prinzipielle Einsehbarkeiten.

Aus westlicher Richtung schirmt das Plangebiet der ansteigende Höhenrücken sowie nach Süden die dichte Gehölzstruktur des nördlichen Randes der Entsorgungsanlage ab.

Vorbelastung

Die einstige Deponieerrichtung innerhalb dieses Tälchens führte im Untersuchungsgebiet zu einem Verlust landschaftstypischer Erlebnisstrukturen, in dem der visuelle Gesamteindruck der Ablachau und angrenzenden Seitentäler mit ihrer charakteristischen geomorphologischen Ausbildung betroffen wurde.

Bedeutung / Empfindlichkeit

Das Plangebiet besitzt aufgrund seiner Vorbelastungen, infolge des einstigen Deponiestandortes sowie der Kleinflächigkeit, gegenwärtig eine **insgesamt geringe Bedeutung** für das Landschaftsbild. Die **Empfindlichkeit** gegenüber Veränderungen des Landschaftsbildes kann damit insgesamt als **gering bis mittel** bezeichnet werden.

Hinsichtlich der Erholungseignung kann dem Plangebiet aufgrund fehlender Wegebeziehungen, auch ohne Berücksichtigung der Vorbelastung (Deponie) insgesamt eine **unterdurchschnittliche Bedeutung** zugewiesen werden.

2.6 Mensch

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. c BauGB)

Ortsgeschichte

Dem heutigen Dorf Ringgenbach lag die Gründung des Weilers Kogenhofen zugrunde. Erstmals genannt wurde das Dorf im Jahre 1237 beim Auftreten eines Ritters Johannes von Ringgenbach.

1285 soll der Ort aus dem Besitz der Herren von Buwenburg und der Herren von Hohenfels an das Kloster Wald übergegangen sein. In der Folge war das Kloster Wald bis 1806 Ortsherr, dann ging der Besitz auf Hohenzollern-Sigmaringen über. Die Inhaber der Grafenrechte wechselten mit den Inhabern der Grafschaft Sigmaringen, bis die Rechte 1783 mit der Schirmherrschaft über Kloster Wald von Hohenzollern-Sigmaringen an Österreich übergingen. Von 1806 an gehörte das Dorf zum fürstlichen und seit 1850 als Teil der Hohenzollernschen Lande bis 1862 zum preußischen Oberamt Wald und seitdem zum Oberamt und Kreis Sigmaringen. Besitz und Rechte hatten im Ort im 15. Jahrhundert die Herren von Rohrdorf, die Grafen von Zimmern und die Stadtkirche in Meßkirch.

Siedlungsstruktur

Die zum Plangebiet am nächsten gelegenen Orte sind Ringgenbach (Stadt Meßkirch, rd. 400 m westlich) und Göggingen (Gemeinde Krauchenwies, rd. 1.500 m nordöstlich).

Die beiden Ortskerne weisen trotz vorhandener Belastungen (z.B. durch B 311) und Gewerbeflächen noch charakteristische Dorfstrukturen und Ortsbilder auf.

Das Plangebiet befindet sich dabei an der überregionalen Landesentwicklungsachse Meßkirch (Unterzentrum) – Krauchenwies (Kleinzentrum).

Nutzungsstruktur

Bei der einstigen Kreismülldeponie Ringgenbach handelt es sich um eine oberirdische Deponie, in der Abfälle / Reststoffe gemäß der Zuordnungswerte Deponieklasse II bzw. gemäß den Zuordnungswerten des Mitteilungsblattes Nr. 20 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) abgelagert bzw. verwertet worden sind.

Die Fläche der einstigen Kreismülldeponie beträgt insgesamt 19,9 ha. Auf den Füllabschnitt I entfielen davon 13,0 ha; 6,9 ha waren Flächen für infrastrukturelle Einrichtungen vorbehalten.

Nordwestlich und nordöstlich des Plangebietes sind weite Bereiche als Landwirtschaftliche Vorrangbereiche ausgewiesen.

Leitungen

Entlang der nordwestlichen Plangebietsgrenze verlaufen zwei Fernwasserleitungen (BMW – DN 1400, BWV – DN 1600).

Bedeutung / Empfindlichkeit

Aufgrund der Vorbelastungen als Folge eines ehemaligen Deponiestandortes muß dem Gebiet, hinsichtlich seiner Attraktivität für die örtliche Naherholung, eine **unterdurchschnittliche („geringe“) Bedeutung** zugewiesen werden (vgl. 2.6).

Die **Empfindlichkeit des Schutzgutes Mensch** wird in seiner Gesamtheit somit als vergleichsweise **gering** eingestuft.

2.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. d BauGB)

Unter dem Begriff „Kulturgüter“ werden im Allgemeinen folgende Objekte und Strukturen verstanden:

- Bodendenkmäler bzw. archäologische Fundstellen (Kulturdenkmäler i.S. v. § 2 DschG)
- Baudenkmäler und schutzwürdige Bauwerke bzw. Ensembles
- Kulturhistorisch bedeutsame Landschaftsteile (z.B. Reste früherer landschaftstypischer Nutzungsformen)

Im ländlich geprägten Umfeld von Ringgenbach wird das Kulturelle Erbe vor allem durch frühere, z. T. historisch bedingte Landnutzungsformen bestimmt. Darunter sind z.B. Streuobstbestände zu verstehen, die jedoch im Bereich des Plangebietes nicht vorkommen.

Die Bedeutung des Plangebietes für das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter wird damit insgesamt als **gering** bewertet.

2.8 Wechselwirkungen

Unter Wechselbeziehungen werden die vielfältigen Beziehungen zwischen den einzelnen Schutzgütern verstanden. Wechselbeziehungen im Zuge der Umsetzung des Vorhabens werden unter Aufführung des entsprechenden Schutzgutes im Text (Kapitel III.) als Pfeil (→) dargestellt und beschrieben.

Im vorliegenden Fall der geplanten Erweiterung des Kompostplatzes sind gegenwärtig insbesondere Wechselbezüge zwischen den Schutzgütern Boden, Wasser, Pflanzen und Tiere sowie dem Landschaftsbild offensichtlich. So haben die vorhandenen Lehmböden zu einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung geführt, was sich aus naturschutzfachlicher Sicht auf das Artenpotential und das Erscheinungsbild insgesamt negativ auswirkt.

III. BESCHREIBUNG DER MÖGLICHEN WIRKFAKTOREN DES VORHABENS

Flächeninanspruchnahme

Durch den geplanten Kompostplatz kommt es zu einer Flächeninanspruchnahme von insgesamt rd. 0,3 ha.

Es ist insbesondere von einem weitgehenden Verlust aller Bodenfunktionen im Bereich der unvorbelasteten Eingriffsfläche auszugehen.

Standortveränderungen

Durch veränderte Standortbedingungen (z.B. verändertes Wasserregime infolge gebündelter Ableitung des Niederschlagswassers) kann es zu einer Veränderung der Zusammensetzung der Arten und Lebensgemeinschaften kommen.

Emissionen

Mit Umsetzung des Bebauungsplanes könnten Lärmimmissionen für umliegende Gebäude einhergehen.

Optische Wirkung

Die Errichtung von versiegelten Flächen kann eine technische Überprägung des Orts- und Landschaftsbildes als Schutzobjekt an sich sowie als Erholungsraum des Menschen zur Folge haben. Hierbei spielt die Einsehbarkeit und die Barrierewirkung der Gebäude die größte Rolle.

Licht, Außenbeleuchtung

Von allen Tierarten werden flugfähige nachtaktive Insekten (z.B. Nachtfalter) am meisten durch Außenbeleuchtungsanlagen in ihrem Lebensrhythmus negativ beeinflusst. Sie fliegen gezielt Lichtquellen an, umkreisen sie und platzieren sich schließlich in deren Umgebung. Neben der Behinderung bei der Nahrungsaufnahme und der Fortpflanzung werden sie an der Lichtquelle häufig zur leichten Beute von Vögeln und Fledermäusen.

Tab. 2: Gegenüberstellung der Eintrittswahrscheinlichkeit relevanter Wirkfaktoren auf betroffene Schutzgüter

	Anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren					
Schutzgüter	Versiegelung	Standort- veränder- ungen	Verschattung	Optische Wirkung	Emiss- ionen	Licht
Mensch	(x)	-	X	X	(x)	(x)
Pflanzen und Tiere	X	(x)	(X)	X	(x)	X
Boden	X	X	(X)	-	X	-
Wasser	X	X	(X)	-	X	-
Klima	(x)	(X)	X	-	-	-
Orts- und Landschafts- bild	X		-	X	-	(x)
Kultur- und sonstige Sachgüter	-	-	-	-	-	-

X = hohe Eintrittswahrscheinlichkeit

(x)= untergeordnete Eintrittswahrscheinlichkeit

IV. BESCHREIBUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN DES VORHABENS (PROGNOSE BEI DURCHFÜHRUNG DER PLANUNG)

Mit der Umsetzung des geplanten Vorhabens ist infolge des Flächenentzuges (Verlust von Boden) mit entsprechenden Folgewirkungen (Beeinträchtigung von Sichtbezügen) insbesondere mit anlagebedingten Beeinträchtigungen zu rechnen. Baubedingte und betriebsbedingte Wirkungen (z.B. Lärm, Schadstoffeintrag, Stäube, Abwässer, Abfall) sind dagegen aufgrund ihres temporären Charakters von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung (vgl. Tab. 2, gem. Anlage 1 zu. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a bis i BauGB).

Baubedingte Wirkungen

Mögliche baubedingte Wirkfaktoren ergeben sich aus der Bautätigkeit bei der Herstellung der baulichen Anlagen und Erschließungsstraßen. Das Ausmaß der Umweltwirkungen hängt von den eingesetzten Baumitteln, Bauverfahren sowie vom Zeitpunkt der Bautätigkeit ab und kann zu Beeinträchtigungen führen, die zeitlich und räumlich über die Bauphase und das Plangebiet hinausreichen.

Baubedingte Wirkungen lassen sich durch einen umweltfreundlichen Baustellenbetrieb unter Beachtung der gängigen Umweltschutzauflagen (z.B. DIN 19731 zum Schutz des Oberbodens, Baustellenverordnung), einem sach- und fachgerechten Umgang mit Abfall und Gefahrenstoffen und einer regelmäßigen Wartung der Baumaschinen zur Vermeidung von Unfällen und einer damit einhergehenden Gefährdung der Umwelt minimieren.

Betriebsbedingte Wirkungen

Der Betrieb und die Aufgaben werden im selben Umfang wie bisher erfolgen. Es werden keine weiteren Mehraufgaben durch die Erweiterung des Platzes durchgeführt. Aufgrund der mehr zur Verfügung stehenden Kompostfläche wird die Qualität und das Produkt Kompost dadurch verbessert.

Im vorliegenden Falle geht es im Wesentlichen um Geräuscheinwirkungen vom Betrieb der geplanten Erweiterung des Kompostplatzes (s.u.).

Anlagebedingte Wirkungen

Durch die geplante Erweiterung des Kompostplatzes und die verkehrstechnische Anbindung über die bestehende Deponiestraße gehen in den versiegelten Bereichen die Bodenfunktionen weitgehend verloren. Versiegelungen führen zudem zu einer verringerten Grundwasserneubildungsrate. Durch die Überbauung der Fettwiese kommt es zu einem Verlust bzw. einer Beeinträchtigung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere.

4.1 Pflanzen und Tiere

(gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Infolge der Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. zu einer Inanspruchnahme von Flächen, die insgesamt als landwirtschaftlich mäßig intensiv genutzte Flächen (Fettwiese, verbracht) anzusprechen sind.

Infolge der vergleichsweise geringen Flächeninanspruchnahme werden aus Artenschutzgründen insgesamt mittel empfindliche Flächen betroffen, sodaß der Eingriff in die Tier- und Pflanzenwelt des Plangebietes damit insgesamt als mittlere Beeinträchtigung eingestuft werden kann.

Das Gebiet besitzt gegenwärtig allenfalls als Nahrungshabitat für Vögel eine gewisse Bedeutung. Brutvögel konnten nicht nachgewiesen werden und sind infolge der Flächennutzung auch nicht wahrscheinlich.

Ein Vorkommen von besonders geschützten Vogelarten (Brutvögel) (vgl. § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG, Art 1 VS-RL, VS-RL Anhang 1) ist für das beweidete Grünland sehr unwahrscheinlich, so dass keine Verbotstatbestände gem. § 44 NatSchG ausgelöst werden (s.u.).

Da hinsichtlich der Außenbeleuchtung einerseits von der Verwendung insektenfreundlicher Leuchtmittel ausgegangen wird (z.B. Natrium-Niederdruckdampflampen), muss mit erheblichen Auswirkungen für nachtaktive Insekten nicht gerechnet werden. Hinzu kommt, dass auch im Einzugsgebiet bereits andere störende dauerhafte Lichtquellen vorhanden sind.

Negative Auswirkungen auf geschützte Biotope und die Natura 2000-Gebiete in der weiteren Umgebung können aufgrund der großen Entfernung (rd. 4.000 m) ausgeschlossen werden.

Sekundäre Wirkungen

Durch den räumlichen und funktionalen Anschluß an den bestehenden Kompostplatz kommt es zudem zu einem Verlust des vorhandenen Feldgehölzes. Hierdurch geht eine Habitatstruktur verloren, die insbesondere für Singvögel von mindestens durchschnittlicher Bedeutung ist (vgl. Artenschutzrechtliche Einschätzung). Unter der Voraussetzung, dass diese außerhalb der Brutzeit beseitigt wird und dass allenfalls verbreitete und häufige Arten betroffen sein könnten, ist insgesamt mit mittleren Auswirkungen zu rechnen (s.u.).

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Durch die geplanten Eingrünungen (Gehölzstruktur entlang der Nordgrenze) können die Eingriffsfolgen bereits im Plangebiet selbst minimiert werden.

Biologische Vielfalt

Die biologische Vielfalt im Untersuchungsgebiet ist gering bis mittel einzustufen. Durch die geplante Eingrünung im Norden kann nur ein Teil des Ausgleichs geschaffen werden. Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Biodiversität sind als **gering bis mittel** zu betrachten.

4.2 Boden

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Durch die Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. bau- und anlagebedingt zu einer Inanspruchnahme bzw. Neuversiegelung von Boden auf einer Fläche von insgesamt rd. 0,3 ha. Im Plangebiet werden aus Sicht des Bodenschutzes hiervon insgesamt Standorte von einem mittleren bis hohen Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen (Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf „Filter und Puffer“) betroffen.

Der geplante Eingriff stellt damit eine **erhebliche Beeinträchtigung** dar, da mit dem Verlust der Lehm Böden die Bodenfunktionen gemäß § 2 BodSchG weitgehend aufgehoben werden.

Im Zuge der Bauphase kommt es zunächst zu einer Entfernung der vorhandenen Vegetationsstrukturen (→ Pflanzen und Tiere) einschließlich der Entfernung des Oberbodens (getrennt nach Humus und kulturfähigem Unterboden).

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Da der Boden (v.a. kulturfähiger Boden) sachgerecht gewonnen bzw. wiederverwendet wird (u.a. Trennung verschiedener Bodenhorizonte, Anlage von Mieten, vgl. UMWELTMINISTERIUM B.W., Heft 10), und das anfallende Bodenmaterial (Oberboden) zu einem Teil Vorort wieder eingebracht wird, relativieren sich die Eingriffsfolgen in ihrer Schwere dadurch deutlich, sodass unter Berücksichtigung der Kleinflächigkeit der Eingriffsfläche in der Bilanz von einer „Erheblichkeit“ nicht mehr ausgegangen werden muss.

In der Bilanz, verbleiben infolge des Eingriffs in das Schutzgut Boden, somit dennoch insgesamt **hohe Beeinträchtigungen**.

4.3 Wasser

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Mit der geplanten Erweiterung des Kompostplatzes sind erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Wasser nicht zu erwarten, da in den Grundwasserkörper innerhalb des Plangebietes nicht eingegriffen wird (vgl. 2.3). Zudem befindet sich das Plangebiet nicht in einem Wasserschutzgebiet (s.o.).

Durch die Versiegelung von Boden ist von einem veränderten Abflussregime auszugehen. So wird das anfallende Niederschlagswasser im Vergleich zur gegenwärtigen Situation ungleichmäßig verteilt. Allerdings ist hierbei die Kleinflächigkeit relativierend zu berücksichtigen.

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Als Maßnahme für die Rückhaltung von Niederschlagswasser sowie zur Rückhaltung von Sickerwasser ist auf dem Grundstück ein Sickerbecken vorgesehen. Das anfallende Schmutzwasser soll der Mischwasserkanalisation zugeführt werden.

In der Bilanz sind infolge von möglichen Versickerungs- bzw. Retentionseinrichtungen hinsichtlich der Grundwasserneubildung damit nur gering veränderte Verhältnisse zu erwarten (→ Pflanzen und Tiere, Boden).

Der Eingriff in das Schutzgut Wasser kann damit insgesamt als **geringe Beeinträchtigung** eingestuft werden.

4.4 Klima, Luft

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a und h BauGB)

Durch die Versiegelung im Zuge des neuen Kompostplatzes gehen Frischluft produzierende Flächen (Grünland) in einer Größe von rd. 0,3 ha verloren.

Da das Plangebiet aufgrund seiner Kleinflächigkeit und ortsfernen Lage ohne besondere Siedlungsrelevanz ist, können Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Zur Vermeidung und Minimierung potentieller Eingriffe in das Schutzgut Klima / Luft trägt die geplante Eingrünung im Norden (Gehölzstruktur) bei.

Der Eingriff in das Schutzgut Klima kann damit insgesamt als **geringe Beeinträchtigung** eingestuft werden.

4.5 Landschaft

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB)

Die kleinflächige Erweiterung des Kompostplatzes stellt eine Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes nördlich der Entsorgungsanlage Ringgenbach dar. So bewirkt die Erweiterung des Kompostplatzes prinzipiell eine weitere technische Überformung des Offenlandes, die als weitere Beeinträchtigung für das Orts- und Landschaftsbild im Randbereich der Ablachau gewertet werden muß.

Aufgrund der topografischen Lage (Seitentäl der Ablachau) des neuen Kompostplatzes sind Einsehbarkeiten vor allem prinzipiell aus nördlichen Richtungen zu erwarten (→ Mensch).

Die eigentliche Anlage wird von einer geplanten Gehölzstruktur aus nördlichen Richtungen optisch weitgehend abgeschirmt (→ Mensch).

Aufgrund der räumlichen Entfernung (z.B. zur B 311) und der damit verbundenen perspektivischen Verjüngung, wird sich der erweiterte Kompostplatz dem Betrachter allerdings von hier aus lediglich als kurzes schmales Band im Blickwinkel des Betrachters darstellen. Dies, zumal es sich hierbei lediglich um die neu geplante Gehölzstruktur handelt, die als Kulisseneffekt aus der Entfernung wahrnehmbar sein wird.

Da es sich zudem, infolge des einstigen Deponiebetriebes, um bereits stark vorbelastete Bereiche handelt, muss mit erheblichen Auswirkungen nicht gerechnet werden.

In dieser Gesamtabschätzung findet die Tatsache Berücksichtigung, dass es sich bei dem Untersuchungsgebiet insgesamt um bereichsweise landschaftlich vorbelastete Räume handelt. Hierbei verdient auch ein nördlich des Plangebietes befindlicher Hühnerstall Beachtung.

Ebenso werden im Zusammenhang mit dem im Regionalplan ausgewiesenen „Regionalen Grünzug“ (14 Ablachtal zwischen Meßkirch und Mengen) keine wesentlichen Auswirkungen befürchtet. Da die Eingriffsfläche nur maximal 0,3 ha betrifft. Zudem handelt es sich im vorliegenden Fall gemäß der Raumnutzungskarte um eine standortbezogene Einrichtung der Infrastruktur (vgl. REGIONALVERBAND BODENSEE - OBERSCHWABEN 1996).

Insgesamt muss mit **nachhaltigen Beeinträchtigungen für Sichtbezüge und das Landschaftsbild nicht gerechnet** werden.

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Die geplante Gehölzstruktur an der Nordgrenze orientiert sich an dem südlichen vorhandenen, aber wegfallenden Feldgehölz, so dass hierdurch der Kompostplatz, so wie bisher, optisch abgeschirmt wird (→ Mensch),

4.6 Mensch

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. c BauGB)

Nutzung

Durch die kleinflächige Erweiterung des Kompostplatzes geht insgesamt eine Fläche von ca. 0,3 ha der landwirtschaftlichen Nutzung verloren. Durch die Inanspruchnahme des Bodens, der hinsichtlich der Ertragsfähigkeit von durchschnittlicher Bedeutung ist, ist so prinzipiell von einer nachhaltigen Beeinträchtigung auszugehen (→ Boden).

Durch den weiteren Entzug der landwirtschaftlichen Nutzflächen von rd. 0,3 ha sind jedoch keine negativen Auswirkungen zu befürchten, da hierdurch kein landwirtschaftlicher Betrieb in seiner Existenz gefährdet wird.

Durch kleinflächige Erweiterung des Kompostplatzes werden andererseits Arbeitsplätze am Ort gehalten bzw. neu geschaffen, was als positiver Effekt zu bewerten ist.

Optische Wirkung

Infolge der kleinflächigen Erweiterung des Kompostplatzes ist von einer weiteren Verarmung der verbliebenen Strukturen bei einer gleichzeitigen technischen Überprägung auszugehen. Maßgebliche Sichtbezüge werden aufgrund der relativ großen Entfernung zu Siedlungs- und Wohngebieten oder der Ablachau (B 311) und der landschaftlich vergleichsweise unauffälligen Lage des Plangebietes nicht betroffen, so dass erhebliche Beeinträchtigungen nicht zu erwarten sind (→ Orts- und Landschaftsbild).

Naherholung

Aufgrund der Vorbelastungen sind im Zuge der Erweiterung des Kompostplatzes keine nachhaltigen Beeinträchtigungen für die ortsnahe Naherholung zu befürchten.

Bei dieser Einschätzung findet die Tatsache Berücksichtigung, dass es sich nicht um ein Erholungsgebiet oder einen anderen sensiblen Raum handelt.

Der wegfallende Wirtschaftsweg soll unmittelbar nördlich wieder hergestellt werden.

Emissionen

Lärmimmissionen

Infolge der kleinflächigen Erweiterung des Kompostplatzes mit insgesamt rd. 0,3 ha am nördlichen Rand der Entsorgungsanlage von Ringgenbach werden keine Verkehrszunahmen zu erwarten sein. Die verkehrstechnische Anbindung des Sondergebietes erfolgt dabei über die bestehende „Deponiestraße“.

Die verkehrlichen Auswirkungen sind zudem zumutbar und führen zu keiner negativen Beeinträchtigung, da von keiner Steigerung der Verkehrszahlen auszugehen ist. Zudem finden sich im Umfeld keine Wohngebiete oder andere sensible Einrichtungen.

Deponiesickerwasser

Mit der Erweiterung des Kompostplatzes wird es zu keiner Mehrbelastung an Emissionen der Deponiesicker-, Oberflächen- und des Grundwassers kommen.

Vermeidung, Minimierung, Ausgleich

Die geplante Gehölzstruktur am nördlichen Rand des Plangebietes dient der Minimierung von Eingriffsfolgen auch für das Schutzgut Mensch (s.o.).

Der Eingriff in das Schutzgut Mensch kann damit insgesamt als **geringe bis mittlere Beeinträchtigung** eingestuft werden.

4.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. d BauGB)

Negative Auswirkungen auf Kultur- und Sachgüter innerhalb des Plangebietes sind nicht zu erwarten, da kulturgeschichtliche Fundstellen nicht vorhanden sind.

4.8 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist auf Flurstück 384 insgesamt von einer weiteren landwirtschaftlichen Nutzung als Grünland auszugehen.

4.9 Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. i BauGB)

Im vorliegenden Planungsfall sind keine erheblichen Effekte auf Grund von Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern zu erwarten.

4.10 Erneuerbare Energien (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. f BauGB)

(§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. f BauGB)

Im Hinblick auf eine nachhaltige Energieversorgung ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien zur Gewinnung von Wärme oder Strom anzustreben. Alternative Energiequellen können auf umweltschonende Weise einen Beitrag zur langfristigen Energieversorgung leisten. Infolge der relativ hohen jährlichen Sonneneinstrahlungsmenge in Ringgenbach sind die Voraussetzungen für die Gewinnung von Solarenergie auf dem Baugrundstück innerhalb des Geltungsbereichs prinzipiell als gut einzustufen.

Im Jahre 2007 wurde auf einer Teilfläche von ca. 2,3 ha der ehemaligen Deponie eine Photovoltaikanlage mit einer installierten Gesamtleistung von 1.084 kWp erstellt.

4.11 Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen

Gegebenenfalls anfallender Abfall wird je nach Verwertbarkeit getrennt erfaßt und entsprechend dem jeweiligen Entsorgungsweg zugeführt.

Die Probenahme und Analytik des Deponiesicker-, Oberflächen- und des Grundwassers erfolgt jährlich gemäß den Forderungen aus der Deponieverordnung. Ebenso wird die Gasqualität des Deponiegases jährlich auf seine Inhaltsstoffe analysiert. Die abgedeckte Deponieoberfläche wird alle zwei Jahre mittels Flammenionisationsdetektor (FID) auf Deponiegasaustritte untersucht.

4.12 Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung

Auf den Betriebsflächen anfallendes verunreinigtes Oberflächenwasser wird dem Mischwasserkanal und dem nachfolgenden Regenüberlaufbecken zugeleitet.

Die Versickerung von schädlich verunreinigtem Regenwasser ist unzulässig. Eine Versickerung des Niederschlagswassers über Sickerschächte ist unzulässig.

Das anfallende Kompostsickerwasser wird erfasst und zur Kläranlage der Stadt Meßkirch abgeleitet und dort ordnungsgemäß entsprechend dem Stand der Technik gereinigt.

Die ordnungsgemäße Entsorgung des Mülls ist durch die Andienbarkeit mit Müllfahrzeugen gesichert.

Die potentielle Nutzung regenerativer Energien – Solarenergie, Holz - ist im Plangebiet grundsätzlich gewährleistet.

4.13 Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle oder Katastrophen)

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind bei der Umsetzung der Planung erhöhte Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt nicht zu befürchten.

4.14 Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen

Das Plangebiet führt im Zusammenhang mit dem südlich anschließenden Entsorgungszentrum zu einer vergleichsweise geringen Erweiterung der Anlage, der überwiegend durch überbaute und befestigte Flächen gekennzeichnet ist. Die Bedeutung für die Tier- und Pflanzenwelt wird hierdurch weiter reduziert. Mit der Entwicklung eines Grünzuges entlang der nördlichen Grenze wird diese Auswirkung jedoch minimiert. Weitere Kumulationseffekte sind nicht erkennbar.

4.15 Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels

Die Mietenkompostierung läuft unter aeroben Bedingungen ab. Dabei entstehen arttypische Gerüche. Die Hygiene-Prozessprüfung der Kompostmieten erfolgt anhand kontrollierter Temperaturmessungen. Ebenso wird der Kompost gemäß den Vorgaben der Bioabfallverordnung untersucht. Die Aufbereitung des Grünmaterials zu Kompost erfolgt gemäß RAL-Gütesicherung - Kompost und somit zu einem gütegesicherten Produkt, welches in der Landwirtschaft als Düngemittlersatz Anwendung findet.

Das anfallende Kompostsickerwasser wird erfasst und zur Kläranlage der Stadt Meßkirch abgeleitet.

4.16 Auswirkungen der eingesetzten Techniken und Stoffe

Aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit des Entsorgungszentrums ist davon auszugehen, dass auch im vorliegenden Plangebiet nur allgemein gebräuchliche Techniken und Stoffe eingesetzt werden, die den aktuellen einschlägigen Richtlinien und dem Stand der Technik entsprechen.

Tab. 3: Betroffenheit (Erheblichkeit) der einzelnen Schutzgüter

Schutzgut	Erheblichkeit	Bemerkungen
Pflanzen und Tiere / Biologische Vielfalt	+	Geringer Verlust der Arten- und Biototypenvielfalt
Boden	(X)	Beeinträchtigungen von Bodenfunktionen durch Flächenversiegelungen Geringe Verschlechterung der Grundwasserneubildungsrate durch hohen Versiegelungsgrad
Wasser	+	Geringe Beeinträchtigung infolge Flächenversiegelungen
Klima / Luft	-	Geringe Beeinträchtigung der Kalt- und Frischluftproduktionsflächen. Verbesserung durch grünordnerische Maßnahmen
Landschaft	+	Geringe Beeinträchtigung infolge Vorbelastungen, Minimierung durch grünordnerische Maßnahmen im Norden
Mensch	-	Unwesentliche Verschlechterung der Umweltsituation
Kultur- + sonstige Sachgüter	-	Keine vorhanden
Wechselwirkungen	-	Keine wesentlichen vorhanden

X = hohe Eintrittswahrscheinlichkeit erheblicher Auswirkungen

(X) = überdurchschnittlich hohe Umweltauswirkungen, die sich, unter Berücksichtigung von Minimierungs und sonstigen Maßnahmen, reduzieren lassen, so dass in der Bilanz von einer „Erheblichkeit“ nicht mehr ausgegangen werden muß.

+ = vermutlich allenfalls durchschnittliche negative Umweltauswirkungen

- = vermutlich nur geringe, ggf. positive Umweltauswirkungen

V. LEITBILD

5.1 Leitziele für eine umweltschonende Umsetzung des Vorhabens

Die Ergebnisse der durchgeführten Bestandsanalyse im Bereich des Plangebietes lassen Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft erwarten. Um das Maß dieser Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten, sollen sich die vorgesehenen baulichen Anlagen an landschaftsplanerischen Leitzielen orientieren.

Als übergeordnete Leitziele für das Plangebiet des Bebauungsplanes „Entsorgungsanlage Ringgenbach“ lässt sich folgendes formulieren:

- Weitgehende Einbindung des geplanten Kompostplatzes in das Landschaftsbild durch entsprechende Eingrünung
- Erhalt des insgesamt offenen Landschaftscharakters im Randbereich der Ablachniederung des Plangebietes und der Umgebung
- Rückhaltung von Niederschlagswasser im bzw. am Plangebiet
- Reduzierung des Versiegelungsgrades
- Milderung möglicher Einsehbarkeiten v.a. aus nördlichen Richtungen
- Weitgehender Erhalt von Gehölzstrukturen in den Randbereichen
- Rückhaltung von Niederschlagswasser im Plangebiet
- Reduzierung des Versiegelungsgrades

VI. MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH NACHTEILIGER AUSWIRKUNGEN

(Nr.2c Anlage zu § 2 Abs. 4 sowie § 2a BauGB)

Mögliche Festsetzungen für erforderliche Grünordnerische Maßnahmen und Begründung

Gemäß § 14 (1) BNatSchG gelten alle Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, die die Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen, als Eingriff. Ein Eingriff liegt vor, wenn das Vorhaben mit der Veränderung der Gestalt und Nutzung von Grundflächen verbunden ist.

§ 15 BNatSchG und §1 BauGB: „Der Verursacher eines Eingriffs ist zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen, soweit es zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist.“

6.1 Maßnahmen zur Vermeidung von Eingriffen

Definition: Unter **Vermeidung** sind alle Handlungen zu verstehen, die darauf abzielen, Beeinträchtigungen überhaupt nicht entstehen zu lassen, d. h. ein Vorhaben planerisch und technisch so zu optimieren, dass die möglichen Beeinträchtigungen durch das Vorhaben weitestgehend minimiert werden. Die teilweise Vermeidung von Beeinträchtigungen wird als **Minimierung** bezeichnet.

- Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden § 1a BauGB
- Der vorgesehene Kompostplatz soll sich weitgehend in das Landschaftsbild einfügen
- Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für anschließende Leitungen ist ein entsprechender Mindestabstand einzuhalten. § 9 Abs.1 Nr. 25b BauGB

6.2 Maßnahmen zur Eingriffsverringerung, -minimierung

- Eine Reduzierung von Erdmassenbewegungen ist prinzipiell anzustreben.
- Es sollte möglichst wenig Erdaushub-Überschuss anfallen und dieser im Plangebiet, wie vorgesehen, wieder eingebracht werden.
- Auf Untergrundverdichtungen innerhalb und außerhalb (Lehmböden) des Baugrundstückes ist soweit als möglich zu verzichten.

- Zur Rückhaltung von Sickerwasser ist auf dem Grundstück ein Sickerbecken vorgesehen. (Retentionsanlage ist nach Vorgabe des Landratsamtes zu erstellen). § 74 (3) LBO § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB.
- Zur Gewährleistung eines ausreichenden Sichtschutzes ist entlang der nördlichen Außengrenze eine Eingrünung mit einheimischen Sträuchern und Bäumen (v.a. Nordseite) angedacht (vgl. Pflanzlisten 1). § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB.
- Grünflächen sind weitgehend naturnah mit standortgerechten, heimischen Pflanzen zu gestalten und zu pflegen. § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB.
- Die Außenbeleuchtung ist zum Schutz von nachtaktiven Arten (z.B. Fledermäuse, Nachtfalter) auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Leuchtmittel müssen ein für Insekten wirkungsarmes Spektrum aufweisen (ausschließliche Verwendung von langwelligem gelbem oder rotem Licht) und staubdichten Leuchten (LEDs). § 9 (1) Nr. 24 BauGB.

6.3 Maßnahmen zum Ausgleich von Beeinträchtigungen

Im Sinne eines internen „Ausgleichs“ sollen Maßnahmen umgesetzt werden, die in ihrer Funktion geeignet sind, vorhandene Eingriffsfolgen zum Teil innerhalb des Geltungsbereiches zu kompensieren.

K 1

Entwicklung einer locker gepflanzten Gehölzgruppe v.a. entlang der nördlichen Grenze des Plangebietes. Die geplante Eingrünung mit standortgerechten und naturraumtypischen Gehölzen sollen insbesondere die landschaftliche Einbindung des geplanten Sondergebietes sowie den funktionalen Verbund mit der Umgebung gewährleisten (vgl. Pflanzliste 1). Insgesamt soll jedoch der offene Charakter erhalten werden.

Pflanzgebote

PFG 1

Pflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang der Plangebietsgrenze, v.a. im Osten, (vgl. Pflanzliste 1 im Anhang). § 9 Abs.1 Nr.15 BauGB

6.4 Anwendung der Eingriffsregelung (nach § 1 a BauGB)

Wirkungen des Vorhabens:

Infolge des Planvorhabens wird insgesamt eine Fläche von ca. 0,3 ha in Anspruch genommen. Für diesen Teilbereich ist eine Eingriffs-Ausgleichbilanzierung vorzunehmen, die der Feststellung der Kompensationserforderlichkeit dient.

Als methodischer Rahmen zur Quantifizierung der Eingriffsfolgen wird, in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde, die Ökokontoverordnung zu Grunde gelegt (vgl. LUBW 2010) (vgl. Tab. 3 - 11). Danach werden in erster Linie die maßgeblich betroffenen Schutzgüter Pflanzen und Tiere sowie Boden betroffen.

Für die einzelnen Schutzgüter werden in der Gesamtzusammenstellung folgende Wertigkeiten festgestellt:

Tab. 3: Zusammenstellung der Wertigkeiten der Schutzgüter

Schutzgut	Wertstufe
Mensch	gering
Pflanzen und Tiere	mittel
Boden	mittel -hoch
Wasser	gering
Klima	mittel - gering
Orts- und Landschaftsbild	mittel - gering
Kultur- und sonstige Sachgüter	gering

Funktionen von besonderer Bedeutung für Naturhaushalt und Landschaftsbild sind in erster Linie beim Schutzgut Boden vorhanden;

alle übrigen = Funktionen von allgemeiner Bedeutung für Naturhaushalt und Landschaftsbild

Grundlage der Ermittlung der Eingriffsfolgen stellt folgende Flächenbilanz dar (vgl. PLANWERKSTATT 2018):

Flächenbilanz

Der Geltungsbereich beträgt gesamt 3.260 m², davon sind:

Bebauungsplan (Sondergebiet)	rd. 2.973 m ²
Gehölzstruktur im Norden (Ausgleichsfläche)	287 m ²
Gesamt:	<u>3.260 m²</u>

Hinsichtlich der geplanten Vollversiegelung werden 100% der Sondergebietsfläche zum Ansatz genommen.

BESTAND

Schutzgut Pflanzen und Tiere

Das Plangebiet lässt sich hinsichtlich der gegenwärtig vorhandenen Strukturen folgenden Biototypen zuordnen (vgl. Tab. 4 – 5):

Tab. 4: Bewertung der Biototypen **BESTAND**

Nr:	Biototyp	Biotopwert ^{*1)}	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
33.41	Fettwiese mittlerer Standorte	13	3.260	42.380
Gesamt			3.260	42.380

^{*1)} = Biotopbewertung nach ÖKVO (19.12.2010)

Für das Schutzgut Pflanzen und Tiere ergeben sich in der Summe **42.380 Ökopunkte**.

Schutzgut Boden

Bewertet werden im vorliegenden Fall die Bodenfunktionen „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf“ und „Filter und Puffer für Schadstoffe“.

Tab. 5: Bewertung der Bodenfunktionen **BESTAND**

Bewertungs- klasse für die Boden- funktionen ^{*1}	Wertstufe (Gesamtbewertung der Böden)	Ökopunkte	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
2 – 3 – 3	2,6 ^{*2}	10,6	3.260	34.556
Gesamt			3.260	34.556

^{*1} = Die einzelnen Ziffern entsprechen der Bewertungsklasse jeweils einer der Bodenfunktionen „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf“ und „Filter und Puffer für Schadstoffe“

^{*2} = L 2 b 2

Aus der Zusammenstellung der erhaltenen Ökopunkte für die maßgeblich betroffenen Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere ergeben sich in der Summe **76.936 Ökopunkte** für die Bestands-Situation.

EINGRIFF

Schutzgut Pflanzen und Tiere

Das Plangebiet lässt sich hinsichtlich der geplanten Strukturen folgenden Biotoptypen zuordnen (vgl. Tab. 6 – 7):

Tab. 6: Bewertung der Biotoptypen **NACH DEM EINGRIFF**

Nr:	Biototyp	Biotopwert ^{*1)}	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
41.10	Feldgehölz	14	287	4.018
60.21	Völlig versiegelte Flächen ^{*2)}	1	2.973	2.973
Gesamt			3.260	6.991

^{*1)} = Biotopbewertung nach ÖKVO (19.12.2010)

^{*2)} = völlig versiegelte Fläche (Sondergebiet)

Schutzgut Boden

Tab. 7: Bewertung von Boden **NACH DEM EINGRIFF**

Bewertungs- klasse für die Boden- funktionen ^{*1}	Wertstufe (Gesamtbewertung der Böden)	Ökopunkte	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
2 – 3 – 3	2,6 ^{*2}	10,6	287	3.042
0 – 0 – 0	0 ^{*3}	0	2.973	-
Gesamt			3.260	3.042

^{*1} = Die einzelnen Ziffern entsprechen der Bewertungsklasse jeweils einer der Bodenfunktionen „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf“ und „Filter und Puffer für Schadstoffe“

^{*2} = Grünflächen L 2 b 2

^{*3)} = völlig versiegelte Fläche (Sondergebiet)

Insgesamt ergeben sich damit nach erfolgtem Eingriff für die betroffenen Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere in der Summe **10.033 Ökopunkte**.

Damit verbleibt in der Gegenüberstellung der Ökopunkte vor und nach erfolgtem Eingriff ein **Kompensationsbedarf von insgesamt 66.903 Ökopunkten**.

Sekundäre Wirkungen

Im Zuge der geplanten Erweiterung des Kompostplatzes soll, zur Optimierung der funktionalen Zusammengehörigkeit, das im Norden des jetzigen Kompostplatzes vorhandene Feldgehölz und der anschließende Wirtschaftsweg entfallen. Das vorhandene Feldgehölze wird an der nördlichen Seite des neuen Kompostplatzes verlegt.

Schutzgut Pflanzen und Tiere

Das Plangebiet lässt sich hinsichtlich der gegenwärtig vorhandenen Strukturen folgenden Biotoptypen zuordnen (vgl. Tab. 8 – 9):

Tab. 8: Bewertung der Biotoptypen BESTAND

Nr:	Biotoptyp	Biotopwert ^{*1)}	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
41.10	Feldgehölz	17	390	6.630
60.21	Völlig versiegelte Flächen	1	144	144
60.24	Unbefestigter Weg	2	184	368
Gesamt			718	7.142

^{*1)} = Biotopbewertung nach ÖKVO (19.12.2010)

Für das Schutzgut Pflanzen und Tiere ergeben sich für sekundäre Wirkungen in der Summe **7.142 Ökopunkte**.

Tab. 9: Bewertung der Bodenfunktionen BESTAND

Bewertungs- klasse für die Boden- funktionen ^{*1}	Wertstufe (Gesamtbewertung der Böden)	Ökopunkte	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
2 – 3 – 3	2,6	10,6	390	4.134
0 – 0 – 0	0 ^{*2}	0	144	-
2 – 2 – 2	2,0	8,0	184	1.472
Gesamt			718	5.606

^{*1} = Die einzelnen Ziffern entsprechen der Bewertungsklasse jeweils einer der Bodenfunktionen „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf“ und „Filter und Puffer für Schadstoffe“

^{*2} = versiegelte Flächen

Aus der Zusammenstellung der erhaltenen Ökopunkte für die maßgeblich betroffenen Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere ergeben sich in der Summe **12.748 Ökopunkte** für die Bestands-Situation.

EINGRIFF

Schutzgut Pflanzen und Tiere

Das Plangebiet lässt sich hinsichtlich der geplanten Strukturen folgenden Biotoptypen zuordnen (vgl. Tab. 10 – 11):

Tab. 10: Bewertung der Biotoptypen **NACH DEM EINGRIFF**

Nr:	Biotoptyp	Biotopwert ^{*1)}	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
60.21	Völlig versiegelte Flächen ^{*2)}	1	718	718
Gesamt			718	718

^{*1)} = Biotopbewertung nach ÖKVO (19.12.2010)

^{*2)} = völlig versiegelte Fläche (Sondergebiet) einschl. Straßen und Plätze

Tab. 11: Bewertung der Biotoptypen **NACH DEM EINGRIFF**

Bewertungs- klasse für die Boden- funktionen ^{*1}	Wertstufe (Gesamtbewertung der Böden)	Ökopunkte	Fläche (m ²)	Bilanzwert (Punkte)
0 – 0 – 0	0 ^{*2}	0	718	-
Gesamt			718	-

Insgesamt ergeben sich damit nach erfolgtem Eingriff für die betroffenen Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere in der Summe **718 Ökopunkte**.

Damit verbleibt in der Gegenüberstellung der Ökopunkte vor und nach erfolgtem Eingriff ein **Kompensationsbedarf von insgesamt 12.030 Ökopunkten**.

Der gesamte Kompensationsbedarf beträgt danach in der Summe 78.933 Ökopunkte, die extern auszugleichen sind.

6.5 Zuordnung von Flächen und /oder Maßnahmen zu Ausgleich (gem. § 9 Abs. 1 1a Satz 2 BauGB) (externe Ausgleichsflächen/-maßnahmen)

Das Defizit von insgesamt 78.933 Ökopunkten soll, nach Abstimmung mit dem Vorhabensträger, durch Erwerb von Ökokopunkten (Reko GmbH) ausgeglichen werden.

VII. ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN GEPRÜFTEN ANDERWEITIGEN LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN

7.1 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Das Vorhaben entwickelt sich derzeit nicht aus dem vorliegenden rechtswirksamen Flächennutzungsplan (FNP 2012).

Aus diesem Grunde beabsichtigt die Gemeinde, den Flächennutzungsplan im Rahmen der Fortschreibung an die geplante Nutzung „Sondergebiet“ anzupassen.

Entsprechende sinnvolle Alternativstandorte sind in der Stadt Meßkirch derzeit nicht vorhanden.

VIII. MAßNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING)

Kommunen haben zu überwachen, ob und inwieweit erhebliche unvorhergesehene Umweltauswirkungen infolge der Durchführung ihrer Planung eintreten (§ 4c BauGB). Dies dient im Wesentlichen der frühzeitigen Ermittlung nachteiliger Umweltfolgen, um durch geeignete Gegenmaßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Im Folgenden werden relevante Aspekte aufgeführt, denen bei dem zu beschreibenden Konzept zur Umweltüberwachung, besondere Berücksichtigung gebührt.

Die Ausführung der Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen wird von der Gemeinde erstmalig ein Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplans bzw. Umsetzung der Bebauung und erneut nach spätestens 5 Jahren mittels einer Ortsbesichtigung überprüft.

- Überprüft werden sollten die innerhalb des Plangebietes vorgesehenen Gehölzpflanzungen im Norden hinsichtlich ihrer Entwicklung.
- Im Rahmen des Monitorings sollte auch die Funktionstüchtigkeit des Sickerbeckens überprüft werden.

IX. ARTENSCHUTZRECHTLICHE EINSCHÄTZUNG

9.1 Rechtliche Grundlagen

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege / Artenschutzrechtliche Regelungen

Die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten werden insbesondere im novellierten Bundesnaturschutzgesetz (Geltung ab 01.03.2010) behandelt. So werden im § 44 Abs. 1 BNatSchG die Verbotstatbestände an die Vorgaben der FFH- und Vogelschutzrichtlinie angepasst.

§ 44 BNatSchG, Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten

Verbotstatbestände

(1) „Es ist verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

(Zugriffsverbote).

9.2 Vegetationsstrukturen / Habitate

Das Plangebiet (Flurstück 384) unmittelbar nördlich der Entsorgungsanlage hat insgesamt eine Größe von rd. 0,3 ha und kann insgesamt als Fettwiese mittlerer Standorte (33.52) bezeichnet werden. Gegenwärtig befindet sie sich in einem Brachestadium mit Arten wie z.B. Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus repens*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Wiesenlabkraut (*Galium mollugo*), Rotklee (*Trifolium pratense*), Weißklee (*Trifolium repens*), Stumpfbblättriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*) oder Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*).

Im südlichen Bereich findet sich vielfach Jungwuchs der nach Süden anschließenden Gehölzstruktur (s.u.) mit u.a. *Populus*, *Acer*, *Corylus* etc.

Zwischen der Fettwiese und dem Feldgehölz im Süden verläuft ein Wirtschaftsweg, der in der östlichen Hälfte versiegelt (60.21) und in der westlichen Hälfte unbefestigt ist (60.24).

Umgebung

Unmittelbar südlich des Grünlandes schließt ein Feldgehölz (41.10) an. Diese Gehölzstruktur im Süden, als nördliche Begrenzung der Entsorgungsanlage, setzt sich gegenwärtig v.a. aus Hasel (*Corylus avellana*), Bergahorn (*Acer pseudoplatanus*), Hainbuche (*Carpinus betulus*), Feldahorn (*Acer campestre*) und Espe (*Populus tremula*) zusammen.

Diese dichte Gehölzstruktur, stellt eine für Offenlandarten störende Vertikalstruktur dar. Ansonsten wird das Plangebiet im Westen und Osten überwiegend von Ackerflächen eingerahmt. Nur untergeordnet finden sich weitere kleinere Grünlandflächen (vgl. Abb. 8).

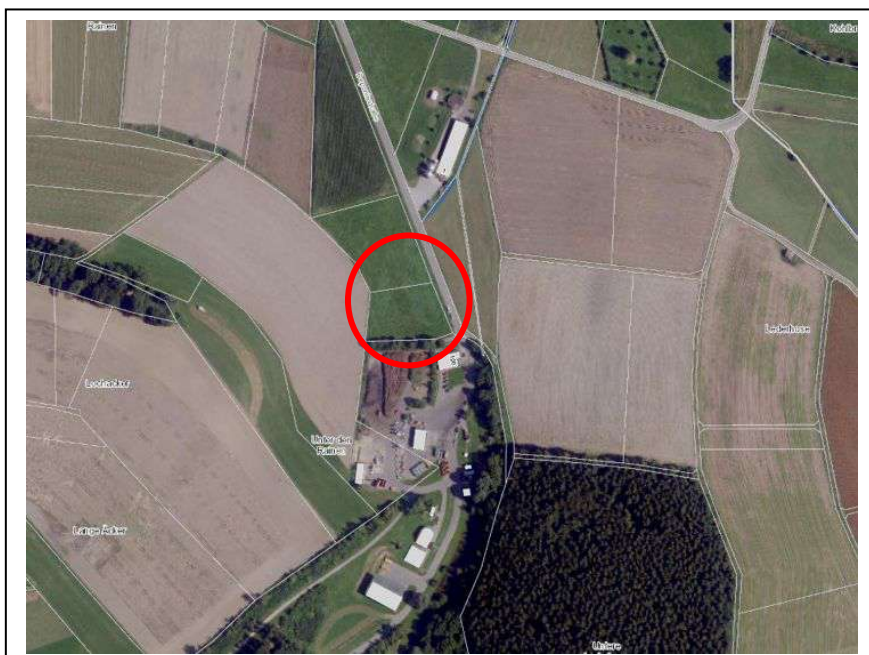


Abb. 8: Luftbild zum Bebauungsplan „Kompostplatz“ (LUBW)

9.3 Europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie

9.3.1 Konkret nachgewiesene Vogelarten

Zur Erlangung grundlegender Kenntnisse hinsichtlich der Bedeutung des Plangebietes für vorkommende Vogelarten („besonders“ und „streng“ geschützte Arten gem. BNatSchG) fand im betroffenen Bereich am 21.09.2018 eine Referenzbegehung hinsichtlich der Vogelwelt (auch pot. Fledermaushabitate) statt.

Im Rahmen der Begehung konnten so für das Plangebiet und die nahe Umgebung folgende **4 Vogelarten** nachgewiesen werden:

Tab. 8: Vorkommende Vogelarten im Bereich des Plangebietes

Art		RL BW *1)	VS- RL Anh. I	EG-Ver- ordnung Nr. 338/ 972 Anh. A o. B*2)	VS-RL Art. 1 *3)	BArt SchV Anl. 1	BNatSchG § 10 Abs. 2 Nr. 10 u. 11	Plangebiet		Bemerkungen
								T1	T2	
1.	Bachstelze				X		bes. geschützt		B	im Westen
2.	Rabenkrähe				X		bes. geschützt		B	Umgebung
3.	Stieglitz				X		bes. geschützt		B	im Westen
4.	Weißstorch				X		streng geschützt		G	Nördlich
Gesamt								-	4	

*1) : Rote Liste Baden Württemberg (Stand 31.12.2013) LUBW

*2): EG-Verordnung Nr. 338/97 vom 09.12.1996, zuletzt geändert durch EG-Verordnung 834/2004 vom 28.04.2004

*3): Europäische Vogelarten gem. Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 79/409/EWG)

B = Brutverdacht / Brutvogel

G = Nahrungsgast

Plangebiet

T1 = Plangebiet (Flurstück 484, v.a. Grünland)

T2 = Umgebung (v.a. Feldgehölz im Süden, Acker- und Grünland)

Die Zusammenstellung erlaubt naturgemäß eine grobe Einschätzung des Arteninventars und besitzt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So wären im Zuge weiterer Erhebungen wahrscheinlich zusätzliche Arten festzustellen (z.B. Durchzügler).

Infolge der Habitatstrukturen als verbrachte Fettwiese, angrenzend an ein Feldgehölz, im Nahbereich der Entsorgungsanlage Ringgenbach, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es sich, in Verbindung mit weiteren potentiell vorkommenden Arten (s.u.), um ein repräsentatives und damit hinreichend aussagekräftiges Artenspektrum hinsichtlich der betroffenen Fläche handelt.

Bachstelze

Die allgemein verbreitete Bachstelze kommt im Bereich des Offenlandes vor. Sie könnte allenfalls im Randbereich des Plangebietes auch Brutvogel sein.

Rabenkrähe

Eine im weiteren Untersuchungsgebiet regelmäßig und häufig auftretende Art, die das Plangebiet allenfalls als Nahrungsgebiet aufsucht. Ein Neststandort im Bereich des angrenzenden Feldgehölzes wurde nicht gefunden.

Stieglitz

Bei dem akustisch gewonnenen Nachweis des Stieglitzes handelt es sich um Durchzügler, die das Plangebiet überflogen. Ein Brutvorkommen im Bereich des Plangebietes ist wenig wahrscheinlich.

Weißstorch, RL V

Am 21.09.2018 konnten im Bereich des Plangebietes sechs Weißstörche beobachtet werden. Da in der nördlichen Ackerfläche gepflügt wurde, weckte dieses das Interesse der Vögel, die in der Folge den Acker nach Nahrung absuchten. Das eigentliche Plangebiet ist diesbezüglich ohne besondere Attraktivität, zumal am Aufnahmetag beispielsweise keine Heuschrecken (als Nahrungsquelle) mehr beobachtet werden konnten.

Die „streng geschützte“ Art besitzt im weiteren Untersuchungsgebiet (Ablachau) zahlreiche Nahrungshabitate mit besonderer Attraktivität für die Art.

Infolge des angrenzenden Feldgehölzes besitzt das eigentliche Plangebiet durch des „Kulisseneffekt“ keine besondere Attraktivität.

9.3.2 Potentiell vorkommende Vogelarten

Auf Grundlage der erfassten Biotoptypen (vgl. 2.1) und unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse sind mindestens folgende weitere rd. 9 Arten für das Plangebiet prinzipiell als „potentiell vorkommend“ anzusehen (vgl. Tab. 9).

Amsel

Die verbreitete Art fände im Bereich des Gehölzes potentielles Bruthabitat.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls zur Nahrungssuche.

Blaumeise

Die Blaumeise kann im Untersuchungsgebiet zumindest als Nahrungsgast eingestuft werden. Im Bereich der Gehölzstrukturen und in den umliegenden Waldgebieten kann von einem Status als Brutvogel ausgegangen werden.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar.

Buchfink

Der Buchfink ist einer der am häufigsten anzutreffenden Arten des Untersuchungsgebietes und mit Sicherheit auch Brutvogel, zumindest in den Randbereichen des Plangebietes (Feldgehölz).

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Feldsperling, RL V

Die allgemein verbreitete Art fände möglicherweise geeignete Habitatstrukturen im Bereich des Feldgehölzes. Allerdings scheint das Höhlenpotential der Gehölze allenfalls durchschnittlich zu sein.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Goldammer, RL V

Die Goldammer könnte im Bereich der nördlichen Feldgehölzstruktur zu vermuten sein.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Grünfink

Der Grünfink könnte im Bereich der Feldgehölzstruktur zu vermuten sein.

Kohlmeise

Eine regelmäßige Art im Bereich der südlichen Gehölzstruktur dürfte die Kohlmeise sein. Insbesondere, da das Höhlenangebot als durchschnittlich zu werten ist, könnte von einem Brutvorkommen ausgegangen werden.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Rotkehlchen

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Wacholderdrossel

Im Bereich des Feldgehölzes knapp außerhalb des Plangebietes, könnte von einem Brutvorkommen ausgegangen werden.

Das eigentliche Plangebiet stellt aufgrund fehlender Gehölze kein geeignetes Habitat für die Art dar, allenfalls als Nahrungshabitat.

Tab. 9: Potentiell vorkommende Vogelarten im Bereich des Plangebietes

Art		RL BW *1)	VS- RL Anh. I	EG-Ver- ordnung Nr. 338/ 972 Anh. A o. B*2)	VS-RL Art. 1 *3)	BArt SchV Anl. 1	BNatSchG § 10 Abs. 2 Nr. 10 u. 11	Plangebiet		Bemerkungen
								T1	T2	
1.	Amsel				X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
2.	Blaumeise				X		bes. geschützt		B	Waldränder
3.	Buchfink				X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
4.	Feldsperling	V			X		bes. geschützt		B	Gehölze im Süden
5.	Goldammer	V			X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
6.	Grünfink				X		bes. geschützt		B	Gehölze im Süden
7.	Kohlmeise				X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
8.	Rotkehlchen				X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
9.	Wacholder- drossel				X		bes. geschützt	G	B	Gehölze im Süden
Gesamt								6	9	

*1) : Rote Liste Baden Württemberg (Stand 31.12.2013) LUBW

*2): EG-Verordnung Nr. 338/97 vom 09.12.1996, zuletzt geändert durch EG-Verordnung 834/2004 vom 28.04.2004

*3): Europäische Vogelarten gem. Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 79/409/EWG)

B = Brutverdacht / Brutvogel

G = Nahrungsgast

Plangebiet

T1 = Plangebiet (Flurstück 484, v.a. Grünland)

T2 = Umgebung (v.a. Feldgehölz im Süden, Acker- und Grünland)

9.4 Säugetiere

Fledermäuse „streng geschützt“ (BNatSchG)

Alle Fledermausarten sind in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgenommen und damit „streng geschützt“ i.S.d. BNatSchG. Für diese Tiere gilt das Tötungs- und Verletzungsverbot, Störungsverbot und der Lebensstättenschutz nach § 44 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3 BNatSchG.

Aufgrund des Fehlens von alten Gebäuden und alten Gehölzen innerhalb des Plangebietes ist dasselbe ohne besondere Bedeutung für diese Artengruppe.

Auch wertgebende Gehölze im Randbereich (v.a. südliche Gehölzstruktur) sind nicht vorhanden.

9.5 Amphibien und Reptilien

Infolge des Fehlens von Laichgewässern und sonst geeigneter Habitatstrukturen (bodenfeuchte Lebensräume) ist das Plangebiet für Amphibien und Reptilien ohne besondere Bedeutung.

Für die weiter südlich (Feuerlöschteich) vorkommenden „besonders geschützten“ Amphibienarten Wasserfrosch (*Rana esculenta*) bestehen innerhalb des Plangebietes derzeit keine geeigneten Habitatstrukturen. Ein Vorkommen kann daher ausgeschlossen werden.

Zauneidechse (*Lacerta agilis*)

Ein Vorkommen von Reptilien (z.B. Zauneidechse) ist im weiteren Untersuchungsgebiet bislang nicht bekannt (vgl. SEECONCEPT 2010). Im Zusammenhang mit dem Planvorhaben kann davon ausgegangen werden, daß im Bereich des Plangebietes mit einem Vorkommen einer Population der Zauneidechse (*Lacerta agilis*) nicht zu rechnen ist. Hierfür sprechen insbesondere folgende Sachverhalte:

1. Fehlen eines geeigneten Lebensraumes. Vor allem fehlende geeignete Habitatstrukturen (z.B. fehlende Verzahnungsbereiche von offenen Böden mit niederen Vegetationsstrukturen, wie z.B. entlang der Plangebietsgrenzen, fehlende potentiell geeignete Eiablageplätze)
2. Ungünstige klimatische Standortverhältnisse durch Gehölzstrukturen im Süden (Verschattung)
3. Isolierte Lage des Plangebietes im landwirtschaftlich intensiv genutzten Offenlandbereich nördlich der Entsorgungsanlage

9.6 Insekten

Tagfalter, Nachtfalter

Infolge der landwirtschaftlich insgesamt intensiven Nutzung und der Lage nördlich des einstigen Deponiegeländes, westlich der zum Entsorgungszentrum gehörenden Zufahrtsstraße, ist das Plangebiet für diese Artengruppe von deutlich untergeordneter Bedeutung.

9.7 Beurteilung des Plangebietes aus naturschutzfachlicher Sicht

Eigenwert / Funktionale Bezüge

Als Ergebnis der Untersuchung kann festgehalten werden, dass das eigentliche Plangebiet infolge der insgesamt intensiven Flächennutzung und geringen Flächenausdehnung sowie der Lage nördlich der Entsorgungsanlage aus naturschutzfachlicher Sicht insgesamt eine **vergleichsweise geringe bis mittlere Bedeutung besitzt**.

So konnten innerhalb des Plangebietes keine besonders geschützten Arten nachgewiesen werden. Die offenen Flächen werden allenfalls als Nahrungshabitat einiger weniger Vogelarten genutzt (Buchfink, Rabenkrähe).

Da innerhalb des eigentlichen Plangebietes keine besonders geschützten Arten (z.B. Brutvögel) nachgewiesen werden konnten und vernetzende Habitatstrukturen fehlen, kann dieser Fläche insgesamt eine **geringe Bedeutung hinsichtlich funktionaler Bezüge** zugewiesen werden.

Das südlich anschließende Feldgehölz bietet dagegen für Singvögel ein geeignetes Bruthabitat für ein durchschnittliches Artenpotential der Halboffenlandschaften. Dem Feldgehölz kann eine **mittlere Bedeutung** zugewiesen werden.

9.8 Ermittlung und Bewertung der zu erwartenden Beeinträchtigungen

Im Rahmen der geplanten Bebauungen kann es zu Auswirkungen für die weiter oben dargestellten Arten kommen. Hierbei kann zwischen bau-, anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen unterschieden werden.

Baubedingte Auswirkungen

Während der Bauphase kommt es im Zuge des Vorhabens in erster Linie zu einer Beseitigung von Vegetationsstrukturen (v.a. Feldgehölz und Grünflächen). Des Weiteren kommt es mit der Umsetzung des Vorhabens zu einer weiteren Versiegelung dieser Flächen.

Veränderungen von Standortverhältnissen spielen im Zusammenhang mit dem vorhandenen Artenspektrum keine wesentliche Rolle, so dass im Folgenden hierauf nicht näher eingegangen wird.

Lärmimmissionen während der Bauphase könnten im Zusammenhang mit den betroffenen Arten (v.a. störungsempfindliche Arten) von Bedeutung sein. Da diese im Gebiet jedoch nicht vorkommen, müssen diesbezüglich keine nachhaltigen Auswirkungen befürchtet werden.

Insgesamt sind die baubedingten Auswirkungen zeitlich und örtlich begrenzt und daher von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Anlagenbedingte Auswirkungen

Die anlagebedingten Effekte umfassen insbesondere die Flächeninanspruchnahme und die von dem Vorhaben ausgehenden möglichen Zerschneidungs- und Trenneffekte.

Die Nutzung als Kompostplatz ist mit einer weiteren Bodenversiegelung verbunden. Hierdurch gehen mögliche geeignete Habitatstrukturen v.a. für Insekten bzw. Nahrungshabitate für Vögel verloren.

Zerschneidungs- und Trenneffekte (z.B. für Vögel) sind im Zuge des Vorhabens infolge der geringen Flächengröße jedoch auszuschließen.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Betriebsbedingte Effekte werden im Zuge des Bebauungsplans „Kompostplatz“ v.a. durch deren Nutzung hervorgerufen.

- Beunruhigung und Störung der Vogelarten (während der Brutzeiten) im Bereich der südlichen Gehölzstrukturen
- Lärmbelastungen
- Beleuchtungseffekte (z.B. auf nachaktive Insekten, Fledermäuse)

Von allen Tierarten werden flugfähige nachaktive Insekten (z.B. Nachtfalter) am meisten durch Außenbeleuchtungsanlagen in ihrem Lebensrhythmus negativ beeinflusst. Sie fliegen gezielt Lichtquellen an, umkreisen sie und platzieren sich schließlich in deren Umgebung. Neben der Behinderung bei der Nahrungsaufnahme und der Fortpflanzung werden sie an der Lichtquelle häufig zur leichten Beute von Vögeln, Fledermäusen u.a.

Im vorliegenden Fall des Bebauungsplans „Kompostplatz“ kommt v.a. den anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen eine entscheidende Bedeutung zu.

Auswirkungen des Vorhabens auf Arten

Vögel

Gemäß der vorliegenden Kenntnisse über besonders und streng geschützte Arten (gem. BNatSchG, Vogelschutzrichtlinie, FFH-Richtlinie/ „Rote Liste-Arten“, können durch die geplante Bebauung erhebliche Beeinträchtigungen auf Grundlage der vorhandenen Biotopstrukturen und Arten prinzipiell ausgeschlossen werden.

Infolge des geplanten Vorhabens kommt es so v.a. zu einer Inanspruchnahme geringfügiger Flächen, wobei insgesamt allenfalls „durchschnittlich empfindliche“ (v.a. Grünlandbrache, Feldgehölz) Flächen betroffen werden.

Der Verlust der verbrachten Grünlandfläche sowie des Feldgehölzes kann daher prinzipiell als geringe bis mittlere Beeinträchtigung bewertet werden, da hieraus keine Eingriffe in konkrete und potentielle Brutreviere von „besonders geschützten Vogelarten“ (vgl. § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG, Art 1 VS-RL, VS-RL Anhang 1) resultieren.

Es gehen allenfalls Nahrungshabitate vor allem für Vögel verloren.

Von einer „Erheblichkeit“ (für die lokale Population) muß jedoch nicht ausgegangen werden. Hierfür sprechen u.a. folgende Sachverhalte:

- Die Lebensstätten dieser Arten besitzen auch heute noch große Anteile im Untersuchungsgebiet und im Naturraum „Donau – Ablach - Platten“.
- Die das Gebiet aufsuchenden Nahrungsgäste sind im Untersuchungsgebiet und auch im Naturraum „Donau – Ablach - Platten“ allgemein verbreitet und meist häufig.
- Die betroffenen Flächen stellen für diese Arten (Nahrungsgäste) lediglich einen kleinflächigen Teillebensraum dar.

Auch TRAUTNER & JOOS (2008) empfehlen, bei der artenschutzrechtlichen Prüfung bei "mäßig häufigen Arten mit hoher Stetigkeit bis sehr häufigen Arten sowie verbreiteten Arten mit hohem Raumanspruch... regelhaft keine erhebliche Störung anzunehmen"; dies gilt "ggf. auch [für] Arten der Vorwarnliste".

Zudem ergibt sich die Möglichkeit für die betroffenen Arten den Verlust des Brutplatzes durch Ausweichen in Nachbargebiete zum Teil zu kompensieren.

Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass entsprechende Gebiete von den jeweiligen Arten bereits besiedelt sein können, so dass eine vollständige Eigenkompensation der Brutplatzverluste ggf. nicht gesichert ist.

Einschränkungen hinsichtlich der Bauphase ergeben sich aufgrund des Fehlens von Gehölzen (Brutvögel) innerhalb des eigentlichen Plangebietes nicht. Eine Erfüllung der Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG ist somit nicht zu befürchten.

Ebenso ist eine Auslösung von Verbotstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG im Zusammenhang mit der Beseitigung der Feldgehölzstruktur im Süden nicht zu erwarten, wenn wie vorgesehen, hier der Baubeginn prinzipiell nicht vor Mitte August (Ende der Brutzeit der betroffenen Arten) liegen. Ab diesem Zeitraum kann davon ausgegangen werden, dass durch Bautätigkeiten (Beseitigung von Gehölzstrukturen) die im Plangebiet vorkommenden wild lebenden Vögel der besonders geschützten Arten (z.B. Buchfink, Grünfink, Kohlmeise) nicht getötet oder ihre Entwicklungsformen beschädigt oder zerstört werden.

Auch wenn in der Bilanz insgesamt keine erheblichen Beeinträchtigungen für die potentiell betroffenen Vogelarten zu befürchten sind, sollten im Sinne des Artenschutzes Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang kann die ökologische Funktion, der von dem Eingriff des Vorhabens betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten, im räumlichen Zusammenhang in jedem Falle weiterhin erfüllt werden (vgl. § 44 Abs. 5).

So sollten zur Verbesserung der Habitatstrukturen für Singvogelarten (z.B. Feldsperling) frühzeitig Nistkästen im Bereich des Plangebietes angebracht werden 1), 2).

* 1) = Nistkasten z.B. für die Kleiber (Lochgröße Durchmesser: 3,2 cm), Star (Einflugloch rd. 4,5 cm), Buntspecht 5,0 cm.

*2) = Halbhöhlen für Nischenbrüter (z.B. Grauschnäpper, Rotkehlchen, Zaunkönig, Hausrotschwanz)

9.9 Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung sowie zum Ausgleich und Ersatz

Die im Folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen sind in erster Linie an einer dauerhaften Verbesserung der Lebensraumsituation für Bäume und Hecken bewohnende Arten (z.B. Feldsperling, Amsel) ausgerichtet und haben insgesamt die Optimierung entsprechender Strukturen (Erhaltung und ggf. Entwicklung eines günstigen Erhaltungszustandes für Arten der Gebüschstrukturen) zum Ziel.

Mit Schreiben vom 06.02.2007 wurde die förmliche Stilllegung der Anlage durch das Regierungspräsidium erlassen. Im Jahre 2013 wurde auf der ehemaligen Deponiefläche die Oberflächenabdichtung aufgebracht. Seither befindet sich die Anlage in der Nachsorge.

So könnte im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kompostplatzes die Lebensraumsituation v.a. für dieses Artenspektrum u.a. durch folgende Maßnahmen aufgewertet werden. Diese sind darüber hinaus dem eigentlichen Vorhabensbeginn z.T. zeitlich vorzuziehen (vgl. § 44 Abs. 5 BNatSchG):

- Zeitnahe Entwicklung der Gehölzzone am nördlichen Rand des Plangebietes.
- Pflanzung und Entwicklung von Gehölzen (Sträucher, Bäume) im nördlichen Randbereich der geplanten Erweiterung des Kompostplatzes.
- Um bereits zu Beginn der Entwicklungszeit des Gehölzbestandes die Habitatsstrukturen für die betroffenen Arten (z.B. Baumgehölze) zu verbessern, könnten zusätzlich Nisthilfen an Gehölzen angebracht werden.

X. ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG / FAZIT

Vorhaben

Der Landkreis Sigmaringen ist gemäß Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 20.12.1999 Inhaber der „Abfallrechtlichen Plangenehmigung für die fortgesetzte Errichtung und den weiteren Betrieb einer Deponie für Siedlungsabfälle des Landkreises Sigmaringen auf der Gemarkung Ringgenbach der Stadt Meßkirch“.

Mit Schreiben vom 06.02.2007 wurde die förmliche Stilllegung der Anlage durch das Regierungspräsidium erlassen. Im Jahre 2013 wurde auf der ehemaligen Deponiefläche die Oberflächenabdichtung aufgebracht. Seither befindet sich die Anlage in der Nachsorge.

Mittlerweile ist der am nördlichen Rand der Entsorgungsanlage gelegene Kompostplatz von der Kapazität her erschöpft, so dass der Landkreis Sigmaringen das nördlich angrenzende Flurstück Nr. 384 (0,3 ha) für eine Erweiterung der Kompostierung dazu erworben hat.

Rechtslage

Im § 2 (4), §§ 2a + 4 c BauGB BauGB definiert, wie die relevanten Umweltbelange im Bauleitplanverfahren in Zukunft berücksichtigt werden sollen. Die Umweltprüfung führt alle umweltrelevanten Belange zusammen und legt sie in einem „Umweltbericht“ (§ 2a BauGB) den Behörden und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vor. Der Umweltbericht ist damit ein zentrales Instrument und unverzichtbarer Teil der Begründung zum Bauleitplanentwurf.

Bestandsanalyse

Das Plangebiet ist Teil des Naturraumes Donau – Ablach - Platten. Das heutige Vegetationsbild im Untersuchungsraum wird südlich des Plangebietes von einem größeren Waldgebiet geprägt, wobei eintönige Fichten-Altersklassenwälder dominieren. Baumarten der potentiellen natürlichen Vegetation finden sich nur vereinzelt. Das Ablachtal und die flachen Talhänge werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Das Plangebiet im Gewann „Garten“ hat insgesamt eine Größe von rd. 0,30 ha und kann insgesamt als Fettwiese mittlerer Standorte (33.41) bezeichnet werden, wobei sich das Grünland in einem Brachestadium befand. Insbesondere im südlichen Bereich findet sich vielfach Jungwuchs der nach Süden anschließenden Gehölzstruktur (u.a. *Populus*, *Acer*, *Corylus* etc.).

Charakteristische Arten im Bereich des verbrachten Grünlandes sind hier u.a. Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus repens*), Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*), Löwenzahn (*Taraxacum officinale*), Wiesenlabkraut (*Galium mollugo*), Rotklee (*Trifolium pratense*), Weißklee (*Trifolium repens*), Stumpfbblätterige Ampfer (*Rumex obtusifolius*) oder Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*).

Zur Erlangung grundlegender Kenntnisse hinsichtlich der Bedeutung des Plangebietes für vorkommende Vogelarten („besonders“ und „streng“ geschützte Arten gem. BNatSchG) fand im betroffenen Bereich am 21.09.2018 eine Referenzbegehung hinsichtlich der Vogelwelt (auch pot. Fledermaushabitate) statt.

Für die betroffenen Schutzgüter sind insgesamt durchschnittliche Wertigkeiten (= Funktionsausprägungen allgemeiner Bedeutung) festzustellen.

Auswirkungen

Durch die Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. bau- und anlagebedingt zu einer Inanspruchnahme bzw. Neuversiegelung von Boden auf einer Fläche von insgesamt rd. 0,3 ha. Im Plangebiet werden aus Sicht des Bodenschutzes hiervon insgesamt Standorte von einem mittleren bis hohen Erfüllungsgrad der Bodenfunktionen (Natürliche Bodenfruchtbarkeit, „Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, Filter und Puffer“) betroffen.

Der geplante Eingriff stellt damit eine **erhebliche Beeinträchtigung** dar, da mit dem Verlust der Lehmböden die Bodenfunktionen gemäß § 2 BodSchG weitgehend aufgehoben werden.

Im Zuge der Bauphase kommt es zunächst zu einer Entfernung der vorhandenen Vegetationsstrukturen (→ Pflanzen und Tiere) einschließlich der Entfernung des Oberbodens (getrennt nach Humus und kulturfähigem Unterboden).

Unter Einbeziehung der Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen relativieren sich die Eingriffsfolgen in ihrer Schwere, so dass von einer „Erheblichkeit“ nicht mehr ausgegangen werden muß.

Aufgrund der Erweiterung des Kompostplatzes kommt es v.a. zu einer Inanspruchnahme von Flächen, die insgesamt als landwirtschaftlich mäßig intensiv genutzte Flächen (Fettwiese, verbracht) anzusprechen sind.

Infolge der Flächeninanspruchnahme wird aus Artenschutzgründen eine insgesamt mittel empfindliche Fläche betroffen, sodaß der Eingriff in die Tier- und Pflanzenwelt des Plangebietes damit insgesamt als mittlere Beeinträchtigung eingestuft werden kann.

Das Gebiet besitzt gegenwärtig allenfalls als Nahrungshabitat für Vögel eine gewisse Bedeutung. Brutvögel konnten nicht nachgewiesen werden und sind infolge der Flächennutzung auch nicht wahrscheinlich.

Ein Vorkommen von besonders geschützten Vogelarten (Brutvögel) (vgl. § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG, Art 1 VS-RL, VS-RL Anhang 1) ist für das beweidete Grünland sehr unwahrscheinlich, so dass keine Verbotsstatbestände gem. § 44 NatSchG ausgelöst werden.

Ausgleichskonzept

Durch die vorgeschlagenen Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Pflanzung eines Feldgehölzes im Norden), können die Eingriffsfolgen nur zum Teil innerhalb des Plangebietes frühzeitig verringert bzw. kompensiert werden.

Aus diesem Grund sind v.a. für die besonders betroffenen Schutzgüter Pflanzen und Tiere und Boden zusätzlich externe Maßnahmen erforderlich.

Der verbleibende, Kompensationsbedarf soll durch Ankauf von Ökopunkten ausgeglichen werden.

Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß im Rahmen des Bebauungsplanes „Entsorgungsanlage Ringgenbach“ Stadt Meßkirch **erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen insgesamt nicht zu befürchten** sind.

Im Zuge der Inanspruchnahme von **Boden** ist prinzipiell von erheblichen Auswirkungen auszugehen (weitgehender Verlust der Bodenfunktionen mittleren bis hohen Erfüllungsgrades). Hiervon betroffen sind in erster Linie Lehm Böden. Durch einen sachgemäßen Umgang mit dem Boden und da das anfallende Bodenmaterial (Oberboden) zu einem Teil Vorort wieder eingebracht wird, relativieren sich die Eingriffsfolgen in ihrer Schwere dadurch deutlich, so dass, unter Berücksichtigung der Kleinflächigkeit der Eingriffsfläche in der Bilanz von einer „Erheblichkeit“ nicht mehr ausgegangen werden muss.

Auch für das **Schutzgut Pflanzen und Tiere** sind nach vorliegender Datenlage erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen, da es sich bei dem Plangebiet außerhalb des genehmigten Geltungsbereichs um eine verbrachte Fettwiese handelt. Infolge der vergleichsweise geringen Flächeninanspruchnahme werden aus Artenschutzgründen insgesamt mittel empfindliche Flächen betroffen, sodaß der Eingriff in die Tier- und Pflanzenwelt des Plangebietes damit insgesamt als mittlere Beeinträchtigung eingestuft werden kann.

Für die **übrigen betroffenen Schutzgüter** muss, unter Berücksichtigung von vorgesehenen Minimierungsmaßnahmen (Gehölzstruktur im Norden) mit wesentlichen und nachhaltigen Auswirkungen nicht gerechnet werden.

XI. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- BÜRO SENNER (1994): Fachgutachten Arten und Biotope im Rahmen der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) zur Errichtung (Fristenverlängerung) der Hausmülldeponie Ringgenbach, Überlingen.
- FORSTDIREKTION TÜBINGEN (1992): Auszüge aus der aktuellen Wald-funktionskartierung Blatt L 7920 Sigmaringen und L 8120 Stockach, Tübingen.
- FÜRSTL. HOHENZOLL. FORSTAMT WALD (1957). Erläuterungen zur Standortkarte des Fürstl. Hohenzollerischen Forstamtes in Wald.
- ICP INGENIEURGESELLSCHAFT PROF. CZURDA UND PARTNER (1993): Fachgutachten Geotechnik für die Errichtung (Fristenverlängerung) der Hausmülldeponie Ringgenbach - Baugrund- und Gründungsgutachten, Karlsruhe.
- MINISTERIUM FÜR UMWELT BADEN - WÜRTTEMBERG (1991): Erhaltung fruchtbaren und kulturfähigen Bodens bei Flächeninanspruchnahmen. - Geol. Landesamt Baden-Württemberg, Freiburg.
- LANDESANSTALT FÜR UMWELTSCHUTZ BADEN - WÜRTTEMBERG (2012): Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. (Heft 24). - Karlsruhe.
- LAUFER, FRITZ, SOWIG (2007): Die Amphibien und Reptilien Baden-Württembergs.- Ulmer Verlag, Stuttgart.
- LUBW (2010): Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit – Leitfaden für Gestattungsverfahren.- Karlsruhe.
- REGIONALVERBAND BODENSEE - OBERSCHWABEN (1996): Regionalplan Bodensee - Oberschwaben, Ravensburg.
- TRAUTNER, J., KIRSTEN, K., LAMBRECHT, H., MAYER, J. (2006): Geschützte Arten in Planungs- und Zulassungsverfahren.- Books on Demand GmbH.
- WASSMANN, R., PLANWERKSTATT a.B. (2018): Bebauungsplan „Entsorgungsanlage Ringgenbach“ (12.02.2018).- Kressbronn.

ANHANG

PFLANZLISTE

PFG1

Pflanzliste 1

Pflanzung von Sträuchern und Bäumen im nördl. Bereich des Plangebietes

<i>Acer campestre</i>	Feldahorn
<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartriegel
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuss
<i>Crataegus monogyna</i>	Eingrifflliger Weißdorn
<i>Ligustrum vulgare</i>	Liguster
<i>Populus tremula</i>	Espe
<i>Prunus padus</i>	Traubenkirsche
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe
<i>Quercus robur</i>	Stieleiche
<i>Salix caprea</i>	Salweide
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball
<i>Viburnum opulus</i>	Wasserschneeball
o.ä.	

